

LÄNDERANALYSE

Senegal: Situation von LGBTQI+-Menschen

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 30. Juli 2026



Inhaltsverzeichnis

1	Hauptaussagen	3
2	Fragen	3
3	Verstärktes Vorgehen gegen LGBTQI+ im Jahr 2026	4
3.1	Gesetzesverschärfungen im März 2026.....	4
3.2	Verhaftungen und Verurteilungen.....	6
3.3	Gewalt, Hassrede, Ausgrenzung und Diskriminierung	8
3.4	Fehlender staatlicher Schutz	11
4	Quellen	13

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 HAUPTAUSSAGEN

Im **März 2026** wurde das **Gesetz zur Bestrafung** von gleichgeschlechtlichen Handlungen **massiv verschärft**. Neu können Beschuldigten bis zu zehn Jahre Haft drohen, die Mindeststrafe wurde auf fünf Jahre angehoben. Die Förderung «unnatürlicher Handlungen» kann mit drei bis sieben Jahren Gefängnis bestraft werden.

Seit Februar 2026 haben die Behörden das **Vorgehen gegen LGBTQI+-Menschen intensiviert** und mehrere Hundert mutmassliche LGBTQI+-Personen festgenommen. Die Behörden nutzten dazu Auswertungen elektronischer Geräte, Denunziationen und digitale Überwachung sowie verdeckte Ermittlungen, Infiltration und stellten gezielte Fallen. Es gibt Berichte, dass Festgenommene in Haft misshandelt wurden und unter Zwang HIV-Tests machen mussten. Ebenfalls wurde berichtet, dass mehrere Personen **auf der Grundlage der neuen Gesetze zu langjährigen Haftstrafen verurteilt** wurden.

Die **Feindseligkeit gegenüber LGBTQI+-Menschen** und Hassrede öffentlicher Personen haben in jüngster Zeit zugenommen. LGBTQI+-Personen würden im öffentlichen Diskurs zunehmend als Mitglieder krimineller Netzwerke sowie als gesellschaftliche, moralische und gesundheitliche Bedrohung dargestellt.

Die Risiken einer **Strafverfolgung, öffentlicher Denunziationen und privater Gewalt** schränken den **Alltag von LGBTQI+-Personen** erheblich ein. Namen, Fotografien und teilweise Wohnadressen von Personen, denen Homosexualität zugeschrieben wurde, wurden über soziale Medien und einzelne Medien verbreitet, was zu zusätzlicher Stigmatisierung und Angst bei den Betroffenen vor Übergriffen führte. Betroffene Personen würden in ständiger Angst leben und hätten teilweise ihre Wohnungen verlassen und versteckt leben müssen. Auch nach einer Freilassung aus der Haft drohen Betroffenen familiäre Ausgrenzung, Vertreibung und Gewalt durch Dritte.

Von Gewalt betroffene LGBTQI+-Menschen erhalten **keinen staatlichen Schutz**, sondern müssen bei einer Anzeige eine Festnahme, Misshandlungen oder körperliche Angriffe durch die Polizeikräfte befürchten. Nach Einschätzung von Larissa Kojoué von Human Rights Watch können LGBTQI+-Personen in keinem Teil Senegals offen zu ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität stehen.

2 FRAGEN

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie ist die aktuelle Situation homosexueller Menschen im Senegal?
2. Ist seit dem Amtsantritt der neuen Regierung eine Verschärfung der Repressionen oder der Gewalt zu beobachten? Haben die Äusserungen der politischen Behörden zu einer Zunahme von Gewalt oder Denunziationen beigetragen?

3. Gab es in jüngster Zeit Festnahmen oder Kampagnen, die sich gegen LGBT+-Personen richteten? Haben die neuen Gesetze oder Reformvorhaben das Risiko einer Festnahme oder Verurteilung erhöht?
4. Verfolgen die senegalesischen Behörden aktiv Personen, die der Homosexualität verdächtigt werden?
5. Können LGBTQI+-Personen in einem Teil des Landes offen zu ihrer sexuellen Orientierung stehen?
6. Bieten die Behörden wirksamen Schutz vor Gewalt durch Privatpersonen?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Senegal seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expertinnen und Experten und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

3 VERSTÄRKTES VORGEHEN GEGEN LGBTQI+ IM JAHR 2026

3.1 Gesetzesverschärfungen im März 2026

Massive Verschärfung des Gesetzes zur Bestrafung von gleichgeschlechtlichen Handlungen als Umsetzung des Wahlversprechens von Präsidenten und Premierminister. Im März 2026 wurden die gesetzlichen Bestimmungen zur Bestrafung von gleichgeschlechtlichen Handlungen massiv verschärft. Das Gesetz war ein Wahlversprechen von Präsident Bassirou Diomaye Faye und Premierminister Ousmane Sonko und wurde im März vom Parlament verabschiedet (BBC, 1. April 2026).

Verdopplung der Strafe auf zehn Jahre Gefängnis für gleichgeschlechtlichen Sex. Seit März 2026 werden gemäss Artikel 319 des Strafgesetzbuchs (Gesetz Nr. 66-16) (1966) in der durch das Gesetz Nr. 2026-08 (2026) geänderten Fassung «widernatürliche Handlungen» mit Freiheitsstrafen zwischen fünf und zehn Jahren und einer hohen Geldstrafe geahndet. Gemäss derselben Bestimmung umfassen «Handlungen gegen die Natur» ausdrücklich «sexuelle Handlungen oder Handlungen sexueller Natur zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts» sowie «sexuelle Handlungen mit Leichen oder Tieren». (ILGA, 2026). Wie bereits die ursprüngliche Bestimmung stellt der geänderte Artikel 319 gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Männern sowie zwischen Frauen unter Strafe, verdoppelt jedoch die Höchstfreiheitsstrafe auf zehn Jahre und sieht eine mehr als sechsfache Erhöhung der möglichen Geldstrafen vor, von etwa 143 bis 2'140 CHF

¹ <http://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte>

(100'000 bis 1,5 Millionen CFA) auf 2'853 bis 14'265 CHF (2 bis 10 Millionen CFA) (Human Dignity Trust, Front Line Defenders; 2026).

Drastische Verschärfung und Abschaffung des richterlichen Ermessensspielraums.

Nach Angaben der LGBTQI+-NGO *Outright International*, die die Gesetzesänderungen im März 2026 analysierte, verschärft diese die strafrechtlichen Sanktionen für gleichgeschlechtliche Intimität drastisch, während gleichzeitig der richterliche Ermessensspielraum zur Herabsetzung von Strafen unter das vorgeschriebene Minimum aufgehoben wurde. Die Abschaffung des richterlichen Ermessensspielraums schliesst die Möglichkeit einer individuellen Strafzumessung aus, hindert die Gerichte daran, mildernde Umstände zu berücksichtigen, und schreibt faktisch eine Mindeststrafe von fünf Jahren für jede Verurteilung vor. Vorschriften zur obligatorischen Strafzumessung, die den Gerichten die Möglichkeit nehmen, in Einzelfällen nach eigenem Ermessen zu entscheiden, stellen nach Einschätzung von *Outright International* einen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit dar (Outright International, 2026).

Neu seit März 2026: Förderung «unnatürlicher Handlungen» kann mit drei bis sieben Jahren Gefängnis bestraft werden.

Im März 2026 verabschiedete die Nationalversammlung das Gesetz Nr. 2026-08 (2026), mit dem Artikel 319 des Strafgesetzbuchs geändert wurde, um die «Förderung unnatürlicher Handlungen» unter Strafe zu stellen. Dieser neue Straftatbestand umfasst «jede öffentliche Darstellung, sei es durch Rede, Schrift, Bilder, Gesten, Ton oder sonstige Mittel, die darauf abzielt, Homosexualität, Bisexualität, Transsexualität, Sodomie, Nekrophilie oder ähnliche Praktiken zu fördern», sowie die Finanzierung von Aktivitäten mit diesem Ziel (ILGA, 2026). Solche Handlungen können neu mit Freiheitsstrafen von drei bis sieben Jahren und hohen Geldstrafen zwischen 713 bis 7'132 CHF (500'000 bis 5'000'000 CFA) geahndet werden. Personen, die nach diesen Bestimmungen verurteilt werden, können zudem für einen Zeitraum von zehn Jahren ihrer bürgerlichen und politischen Rechte, einschliesslich des Wahlrechts und des Rechts auf Ausübung eines öffentlichen Amtes, entzogen werden. Am 27. März 2026 unterzeichnete der Präsident das Gesetz Nr. 2026-08 und setzte es damit in Kraft (ILGA; Outright International, 2026).

Ausweitung der Kriminalisierung und Folgen für LGBTQI+-Personen, Zivilgesellschaft und Gesundheitsversorgung.

Laut *Outright International* schafft die Gesetzesänderung einen repressiven Rechtsrahmen, dessen Anwendungsbereich weit über einvernehmliche intime Handlungen hinausgeht. Sie verschärft nicht nur die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Handlungen, sondern kriminalisiert erstmals auch Transgeschlechtlichkeit sowie die «Förderung» und Finanzierung von «Homosexualität, Bisexualität und Transsexualität». Da diese Begriffe nicht näher definiert und weit gefasst sind, könnten davon auch Menschenrechtsarbeit, Journalismus, Rechtsberatung, Gesundheitsdienstleistungen, zivilgesellschaftliche Aktivitäten und internationale Entwicklungszusammenarbeit erfasst werden. *Outright International* warnt zudem vor erheblichen Folgen für Menschen mit HIV, da das durch die Strafverfolgung erzeugte Klima ihren Zugang zu medizinischer Versorgung beeinträchtigt (Outright International, 2026). *Front Line Defenders* kommt zu einer vergleichbaren Einschätzung: Das Gesetz richte sich nicht nur gegen LGBTQI+-Beziehungen zwischen einwilligenden Erwachsenen, sondern könne auch Journalist*innen, Aktivist*innen, Gesundheitsfachpersonen, Rechtsanwalt*innen

und Organisationen treffen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren oder LGBTQI+-Personen unterstützen (Front Line Defenders, 2026).

3.2 Verhaftungen und Verurteilungen

Seit Februar 2026 mehrere Hundert Festnahmen mutmasslicher LGBTQI+-Personen.

Die verfügbaren Quellen weisen darauf hin, dass die senegalesischen Behörden aktiv gegen Personen vorgehen, die der Homosexualität verdächtigt werden. *Larissa Kojoué von Human Rights Watch* bestätigte gegenüber der SFH, dass die Zahl der Festnahmen bereits Ende Mai 2026 bei mehr als 150 gelegen habe und seither nahezu täglich weitere Personen festgenommen worden seien (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026). Der wesentliche Unterschied zu früheren Strafverfolgungsmassnahmen nach Artikel 319 bestehe darin, dass die Regierung den rechtlichen Rahmen für das Vorgehen gegen LGBTQI+-Personen erheblich verschärft habe (TNH, 2026). Laut einer Medienauswertung des niederländischen *HIV Justice Network* (HJN) wurden zwischen Anfang Februar und dem 28. Juli 2026 mehr als 238 Festnahmen wegen mutmasslicher «widernatürlicher Handlungen» dokumentiert. Mindestens 68 der festgenommenen Personen seien aufgrund ihres HIV-Status zusätzlich der «vorsätzlichen HIV-Übertragung» beschuldigt worden. Medienberichten zufolge wurden Festgenommene zu HIV-Tests gezwungen, anschliessend seien persönliche Daten wie ihre Namen und ihr HIV-Status veröffentlicht worden (HJN, 2026).

Andere Quellen nennen abweichende Zahlen. Der auf LGBTQI+-Themen spezialisierte Blog *76 Crimes* zitierte am 30. April 2026 den senegalesischen Journalisten und Justizkorrespondenten Pape Ndiaye mit der Angabe, seit Jahresbeginn seien innerhalb von weniger als drei Monaten beinahe 319 mutmassliche homosexuelle Personen festgenommen worden. *76 Crimes* bezeichnet Ndiaye selbst als umstritten und die genannte Zahl lässt sich anhand der verfügbaren Quellen nicht unabhängig verifizieren (76 Crimes, 2026). Eine von *Human Dignity Trust* wiedergegebene Dokumentation von France Télévisions berichtete von mehr als 100 Festnahmen bis Mai 2026, darunter mindestens eine ausländische Person (Human Dignity Trust, 2026).

Besonders viele Festnahmen seien im Département Keur Massar im Grossraum Dakar erfolgt.

Nach Angaben *Kojoués* entfielen rund drei Viertel der Festnahmen während der vorangegangenen sechs Monate auf die dortige Gendarmerie. Festnahmen seien jedoch nicht auf Dakar beschränkt, sondern im gesamten Senegal dokumentiert worden. Diese Zahlen beruhen auf den Angaben der Expertin und konnten anhand öffentlich zugänglicher amtlicher Statistiken nicht unabhängig überprüft werden (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026).

Auswertung elektronischer Geräte, Denunziationen und digitale Überwachung.

Nach Einschätzung von *Larissa Kojoué von Human Rights Watch* beruhen viele Verfahren auf Denunziationen sowie der Auswertung beschlagnahmter Mobiltelefone. Betroffene würden zu Hause festgenommen oder zur Polizei beziehungsweise Gendarmerie vorgeladen und teilweise zu Geständnissen gedrängt. Anschliessend griffen Medien und soziale Netzwerke die Fälle auf, was zu öffentlicher Schikane und Stigmatisierung der

Betroffenen und ihrer Angehörigen führe (E-Mail-Auskunft von Larissa Kojoué, Human Rights Watch, 30. Juli 2026).

LGBTQI+-Menschenrechtsverteidiger*innen berichteten *Front Line Defenders* ebenfalls von einer zunehmenden polizeilichen Überwachung. Polizeibeamt*innen hätten Mobiltelefone beschlagnahmt, um Kontakte und Netzwerke zu ermitteln. Menschenrechtsverteidiger*innen lebten deshalb teilweise in Angst oder im Untergrund (Front Line Defenders, 2026).

Eine Auswertung senegalesischer Medienberichte durch das *HIV Justice Network* (HJN) weist darauf hin, dass die Behörden Mobiltelefone, Computer, Konten in sozialen Medien und Messenger-Dienste systematisch nach Hinweisen auf weitere mutmassliche LGBTQI+-Personen durchsuchten. Dabei wurden teilweise spezialisierte Einheiten zur Bekämpfung der Cyberkriminalität beigezogen. Im März 2026 soll das «Centre national de lutte contre la cybercriminalité» (CNLC) durch die Auswertung eines Mobiltelefons einen 25-jährigen Studenten identifiziert haben, der anschliessend zu Hause festgenommen wurde. Im Juni 2026 sollen in Linguère das Mobiltelefon und der Computer eines mutmasslichen Partners einer beschuldigten Person beschlagnahmt und der «Division spéciale de cybersécurité» (DSC) zur Auswertung übergeben worden sein.

Im selben Monat berichteten Medien über eine gemeinsame Operation der DSC, der «Groupe de recherche et d'interpellation» (GRI), der «Division des investigations criminelles» (DIC) und des Kommissariats von Linguère, die zu sechs Festnahmen geführt habe. Weitere vom HJN dokumentierte Fälle zeigen, dass Nachrichten aus Messenger-Diensten, Bilder, Videos und Konten in sozialen Medien zur Identifizierung und Festnahme mutmasslicher LGBTQI+-Personen herangezogen wurden (HJN, 2026).

Verdeckte Ermittlungen, Infiltration und gezielte Fallen. Die Medienauswertung des HJN dokumentiert zudem Fälle, in denen die Behörden verdeckte Ermittlungen, Infiltrationen und gezielt arrangierte Treffen eingesetzt haben sollen, um mutmassliche LGBTQI+-Personen zu identifizieren und festzunehmen.

Im Februar 2026 soll eine junge Frau im Auftrag der Behörden eine Diskussionsgruppe von trans, lesbischen und schwulen Personen infiltriert haben. Sie habe Interesse vorgetauscht, Kontakt zu zentralen Mitgliedern aufgenommen und ein Treffen in einer Wohnung vereinbart. Zivil gekleidete Polizeibeamt*innen hätten den Ort observiert und die erste eintreffende Person festgenommen.

In weiteren Fällen sollen Beschuldigte durch eine fingierte Bestellung oder durch von der Polizei veranlasste Treffen an bestimmte Orte gelockt worden sein. Im Mai 2026 wurden gemäss Medienberichten zwei Männer nach der Observation eines vereinbarten Treffens vor einem Tageszentrum festgenommen. Im Juli 2026 soll die Polizei eine anzeigende Person angewiesen haben, den Kontakt zu einem Verdächtigen aufrechtzuerhalten und ein Treffen zu arrangieren. Die observierenden Polizeibeamt*innen nahmen ihn anschliessend am vereinbarten Ort fest (HJN, 2026).

Zusätzliche Anklagepunkte und verlängerte Untersuchungshaft. Laut *Kojoué* werden Vorwürfe wegen «widernatürlicher Handlungen» teilweise mit weiteren Anklagepunkten verbunden, darunter «vorsätzliche HIV-Übertragung», Gefährdung des Lebens anderer oder Drogenhandel. In einzelnen Fällen werde ein Drogenvorwurf offenbar bereits mit

dem Besitz oder Konsum von Shisha-Produkten begründet. Die zusätzlichen Tatvorwürfe könnten dazu führen, dass die Untersuchungshaft über die ansonsten geltende Höchstdauer von sechs Monaten hinaus verlängert werde (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026).

Misshandlungen und Zwangsuntersuchungen. *Larissa Kojoué* von *Human Rights Watch* berichtete von Gewalt während Festnahmen und in Haft, erzwungenen HIV-Tests sowie der Weitergabe vertraulicher medizinischer Daten an Medien. Festgenommene würden öffentlich teilweise als Mitglieder krimineller Netzwerke dargestellt, die gezielt HIV verbreiten wollten. Diese Darstellung erhöhe die Stigmatisierung der Betroffenen und ihrer Familien und könne Menschen mit HIV zusätzlich davon abhalten, medizinische Einrichtungen aufzusuchen (E-Mail-Auskunft von Larissa Kojoué, Human Rights Watch, 30. Juli 2026; TNH, 2026). Nach Angaben von *Kojoué* sind LGBTQI+-Personen auch während der Haft körperlicher Misshandlung und möglicher Folter durch Polizeibeamt*innen und Mitgefangene ausgesetzt (TNH, 2026).

Erschwerter Zugang zu Rechtsbeistand. *Kojoué* zufolge hatten im Mai 2026 lediglich zwei inhaftierte Personen Zugang zu einer anwaltlichen Vertretung. In den meisten Fällen sei den Festgenommenen ein wirksamer Zugang zu Rechtsbeistand verweigert worden. Diese Angaben bestätigen die Berichte von *Human Dignity Trust* und *The New Humanitarian*, wonach Angeklagte teilweise keine Anwält*innen fanden oder sich selbst verteidigen mussten (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026; Human Dignity Trust; TNH, 2026).

Verurteilungen zu langjährigen Haftstrafen. Die erste bekannte Verurteilung nach dem geänderten Artikel 319 erfolgte am 10. April 2026, wenige Wochen nach der Ausweitung des Straftatbestands und der Verschärfung des Strafrahmens. Ein Strafgericht in Dakar verurteilte einen Mann zu sechs Jahren Freiheitsstrafe und einer Busse von zwei Millionen CFA-Francs. Nach Angaben von *Human Dignity Trust* war er bei einer sexuellen Handlung mit einem anderen Mann angetroffen worden. Mitte Mai 2026 wurden zwei weitere Verurteilungen bekannt. Die beiden Beschuldigten erhielten jeweils eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren, nachdem sie ebenfalls bei einer gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlung angetroffen worden sein sollen. Am 26. Juni 2026 waren laut *Human Dignity Trust* weitere Strafverfahren anhängig (Human Dignity Trust, 2026). *Kojoué* erklärte gegenüber der SFH jedoch, zum Zeitpunkt ihrer Auskunft sei ihr lediglich eine Verurteilung bekannt gewesen, bei der die beschuldigte Person bei einer sexuellen Handlung angetroffen worden sei (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026).

3.3 Gewalt, Hassrede, Ausgrenzung und Diskriminierung

Zunahme der Feindseligkeit gegenüber LGBTQI+-Personen. Laut *Human Rights Watch* hat die Feindseligkeit gegenüber LGBTQI+-Personen im Senegal in den letzten Jahren zugenommen. Parlamentsabgeordnete hatten bereits vor der Gesetzesänderung vom März 2026 zweimal, in den Jahren 2022 und 2024, erfolglos versucht, die Freiheits- und Geldstrafen für «widernatürliche Handlungen» zu verschärfen.

Ein besonders drastischer Vorfall ereignete sich im Oktober 2023 in Kaolack, rund 200 Kilometer südöstlich von Dakar. Ein Mob exhumierte die Leiche eines Mannes, den die Beteiligten für schwul hielten, schleifte sie durch die Strassen und verbrannte sie auf einem öffentlichen Platz. Videos des Vorfalls wurden anschliessend im Senegal verbreitet (HRW, 2026).

Hassrede und politische Instrumentalisierung. Nach Einschätzung von *Larissa Kojoué* von *Human Rights Watch* war die Verschärfung von Artikel 319 ein Wahlversprechen der neuen Regierung. Die politische und gesellschaftliche Spannung habe sich im Zusammenhang mit einem öffentlich stark beachteten Fall mutmasslich organisierter Pädokriminalität weiter verschärft. In der öffentlichen Debatte seien Homosexualität, sexueller Kindesmissbrauch, HIV und weitere Straftaten wiederholt miteinander verknüpft worden. Dadurch seien LGBTQI+-Personen zunehmend als Mitglieder krimineller Netzwerke sowie als gesellschaftliche, moralische und gesundheitliche Bedrohung dargestellt worden (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026; *El País*, 2026).

Während der parlamentarischen Beratungen bezeichneten Vertreter*innen der Regierungsmehrheit Homosexualität wiederholt als «Perversion», «Abweichung» und als Verhalten, das den senegalesischen Werten und der Kultur widerspreche. Die Strafverschärfung wurde unter anderem mit dem angeblich notwendigen Schutz von Jugendlichen und Kindern begründet. *Kojoué* kritisierte zudem die politische Darstellung von Homosexualität als westlichen Import. Diese Erzählung sei politisiert, spalte die Gesellschaft und beeinflusse die öffentliche Meinung (*El País*, 2026). *Kojoué* wertet die fortgesetzte Thematisierung von Homosexualität darüber hinaus als Teil einer politischen Strategie, mit der öffentliche Aufmerksamkeit von anderen Problemen abgelenkt und die eigene politische Position gestärkt werde (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026).

Veröffentlichung persönlicher Daten und Folgen für Angehörige. Namen, Fotografien und teilweise Wohnadressen von Personen, denen Homosexualität zugeschrieben wurde, wurden zudem über soziale Medien und einzelne Medien verbreitet. Laut *El País* verstärkte dies das Klima der Angst und erhöhte das Risiko von Denunziationen, öffentlicher Stigmatisierung und Angriffen (*El País*, 2026). Auch Sylvie Beaumont vom *HIV Justice Network* stellte auf Grundlage senegalesischer Medienberichte fest, dass Namen, Berufe, HIV-Status und teilweise sogar Wohnadressen festgenommener Personen öffentlich verbreitet wurden. Die Folgen betreffen auch deren Familien. So habe der Sohn eines Inhaftierten sein Fussballtraining aufgeben müssen, nachdem Mitschüler*innen ihn wegen der öffentlich bekannt gewordenen Vorwürfe gegen seinen Vater diskriminiert hätten. Ehefrauen einiger Inhaftierter hätten sich zudem gezwungen gesehen, ihre eigenen HIV-Testergebnisse zu veröffentlichen, um sich öffentlich von der Stigmatisierung abzugrenzen (TNH, 2026).

Rolle von Jamra und öffentliche Denunziationen. Eine der wichtigsten treibenden Kräfte hinter der Gesetzesverschärfung war Jamra², eine einflussreiche religiös-

² Jamra (oft auch ONG Jamra genannt) ist eine einflussreiche islamische Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Sitz im Senegal. Die Organisation mischt sich regelmässig in gesellschaftliche und politische Debatten ein und vertritt konservative sowie streng islamische Standpunkte. TNH, 2026; Radio Télévision Suisse (RTS), [RTSreligion - Sénégal: la censure de l'influente ONG islamique Jamra](#), 7. September 2021.

konservative Nichtregierungsorganisation. Laut Clément Boursin von der *Internationalen Föderation für Menschenrechte* (FIDH) ist Jamra in den senegalesischen Medien stark präsent und setzt sich seit Jahren für konservative Anliegen ein. Bereits in der Vergangenheit habe die Organisation Listen mutmasslicher homosexueller Personen und Organisationen veröffentlicht, die LGBTQI+-Personen unterstützen (TNH, 2026).

Im Februar 2026 erklärte Jamra, über eine Liste mit 635 Namen homosexueller Personen zu verfügen. Die Organisation wolle diese nutzen, um die staatliche Auflösung von 16 LGBTQI+-Organisationen zu erreichen. Bereits 2019 hatte Jamra auf die Existenz einer entsprechenden Liste hingewiesen. Die Ankündigung erfolgte im Zusammenhang mit der Verschärfung der Strafen für gleichgeschlechtliche Handlungen und dem verstärkten Vorgehen gegen mutmassliche LGBTQI+-Personen und deren Unterstützer*innen (Human Dignity Trust, 2026).

Safiatou Thiam, Geschäftsführerin des nationalen AIDS-Rates (CNLS), erklärte, die Kampagnen von Jamra trügen zur Verbreitung feindseliger Diskurse bei. Betroffene fürchteten Gewalt innerhalb ihrer Wohnquartiere teilweise stärker als staatliche Behörden, da sie angegriffen, geschlagen oder getötet werden könnten, bevor die Polizei eintreffe. Ein von *The New Humanitarian* unter dem Pseudonym Ibrahima zitierter Aktivist berichtete von Beleidigungen, Drohungen und körperlichen Angriffen (TNH, 2026).

Front Line Defenders warnt, dass das ausgeprägt feindselige Klima und die Verbreitung entsprechender Inhalte in sozialen Medien das Risiko von Denunziationen und falschen Anschuldigungen erhöhe. Die Strafbestimmungen könnten demnach auch im Rahmen persönlicher Konflikte eingesetzt werden, um Personen einer LGBTQI+-Beziehung zu beschuldigen und ihnen zu schaden (Front Line Defenders, 2026).

Angst, Untertauchen und Flucht. Berichte von Betroffenen und Menschenrechtsorganisationen zeigen, dass die Strafverfolgung, öffentliche Denunziationen und das Risiko privater Gewalt den Alltag mutmasslicher LGBTQI+-Personen erheblich einschränken. *Larissa Kojoué* von *Human Rights Watch* beschreibt die aktuelle Lage homosexueller und anderer LGBTQI+-Personen im Senegal als ausserordentlich belastend. Während eines rund zehntägigen Aufenthalts im Mai 2026 habe sie junge und erwachsene Betroffene getroffen, die in ständiger Angst lebten und teilweise erhebliche psychische Belastungen entwickelt hätten. Bei einer Gesprächsrunde in Thiès habe ein 21-jähriger Mann berichtet, dass seine Mutter ihn aufgefordert habe, nicht nach Hause zurückzukehren, da sein Vater angekündigt habe, ihn zu töten. Der Mann habe seine Familie seit Februar nicht mehr gesehen, sei obdachlos und werde vorübergehend an wechselnden Orten untergebracht. *Kojoué* zufolge haben zahlreiche Betroffene ihre Arbeit verloren, verlassen ihre Unterkunft kaum noch oder bewegen sich nur nachts im öffentlichen Raum. Die Auswirkungen beträfen nicht nur LGBTQI+-Personen selbst, sondern auch ihre Angehörigen (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026). Laut *El País* hätten Hunderte LGBTQI+-Personen und Menschenrechtsverteidiger*innen ihre Wohnungen verlassen, sich in Städten oder Dörfern im Landesinnern versteckt oder versucht, in Nachbarstaaten beziehungsweise nach Europa zu fliehen. Eine genaue Zahl und die einzelnen Fluchtbewegungen liessen sich nicht unabhängig verifizieren (El País, 2026).

Ein unter dem Pseudonym Pierre zitierter Mann erklärte, er habe Dakar verlassen und lebe bei einem Freund. Bereits eine geringfügige Denunziation könne dazu führen, dass

eine Person öffentlich identifiziert und verfolgt werde. Obwohl er sein Privatleben während Jahren verborgen und geheiratet habe, befürchte er, auf der Strasse angegriffen, misshandelt oder getötet zu werden (El País, 2026).

Ein Beitrag von *LiFO*, der sich auf eine Recherche von *Le Monde* stützt, dokumentiert vergleichbare Ängste. Ein unter dem Pseudonym Latyr zitierter Mann berichtete, er kontrolliere vor dem Betreten seines Wohnhauses jeweils, ob dort ein Fahrzeug der Gendarmerie stehe. Sein Alltag beschränke sich weitgehend auf Arbeit, Wohnung und Moschee. Innerhalb weniger Monate habe er den Kontakt zu rund zehn Freund*innen verloren, die festgenommen worden oder nach Gambia beziehungsweise Marokko geflohen seien. Die anhaltende Angst habe bei ihm unter anderem Schlaflosigkeit, Gewichtsverlust, Kopfschmerzen und Herzrasen ausgelöst (LiFO, 2026, unter Berufung auf Le Monde).

Familiäre Ausgrenzung, Vertreibung und Gewalt. Laut *Larissa Kojoué von Human Rights Watch* führen die mediale Berichterstattung und die Verbreitung persönlicher Angaben in sozialen Netzwerken zu Schikanen, Arbeitsplatzverlust, familiärer Ausgrenzung und einem Leben im Verborgenen. Diese Folgen beträfen auch Angehörige festgenommener Personen (E-Mail-Auskunft von Larissa Kojoué, Human Rights Watch, 30. Juli 2026). Gegenüber *The New Humanitarian* erklärte Kojoué zudem, dass Betroffenen auch nach einer Freilassung familiäre Ablehnung, Vertreibung und Gewalt durch Privatpersonen drohten (TNH, 2026). LiFO dokumentiert unter Berufung auf *Le Monde* zudem Fälle von Gewalt und erheblichem Anpassungsdruck innerhalb der Familie. Ein homosexueller Mann berichtete, sein älterer Bruder habe ihn bereits als Jugendlichen gefesselt und geschlagen, um ihn zu «korrigieren». Eine 23-jährige lesbische Frau erklärte, ihre Mutter habe sie wegen einer Beziehung zu einer Frau geschlagen, während ihr Vater sie mit einem Cousin verheiraten wolle. Ihre Schwester, die sie einst unterstützte, sage mittlerweile, sie hoffe, dass die Lesben bald verhaftet würden. Diese Einzelfälle weisen auf Risiken wie familiäre Gewalt, Heiratsdruck und den Zwang hin, die eigene sexuelle Orientierung zu verbergen (LiFO, 2026, unter Berufung auf Le Monde).

3.4 Fehlender staatlicher Schutz

Fehlender staatlicher Schutz vor Gewalt durch Privatpersonen. Nach Angaben von *Larissa Kojoué von Human Rights Watch* gebe es «keine Gerechtigkeit für LGBTQI+-Personen». LGBTQI+ zu sein, bedeute bereits, «schuldig zu sein, weil man existiere». Die Gesetzesänderung lasse Erpressung, Nötigung und Gewalt in all ihren Formen freien Lauf. Von den 37 Personen, die *Human Rights Watch* befragt hatte, gebe es nur eine einzige, die das Land nicht verlassen möchte. Dies liege daran, dass sie das einzige Kind ihrer Mutter ist, in einer polygamen Familie verheiratet ist und eine Behinderung habe (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026). Bereits vor der Gesetzesverschärfung von 2026 boten die senegalesischen Behörden LGBTQI+-Personen keinen verlässlichen und gleichwertigen Schutz vor homophober Gewalt. Die *Bertelsmann Stiftung* führt dies unter anderem auf die strafrechtliche Verfolgung gleichgeschlechtlicher Handlungen zurück: Aufgrund der Kriminalisierung genössen LGBTQI+-Personen einen geringeren staatlichen Schutz als andere Bürger*innen (Bertelsmann Stiftung, 2026).

Laut einem niederländischen COI-Bericht wurden Opfer homophober Übergriffe häufig selbst festgenommen, während die Täter*innen meist straflos blieben. Viele Betroffene hätten aus Angst darauf verzichtet, Straftaten bei der Polizei anzuzeigen. Personen, die dennoch Anzeige erstatteten, seien teilweise von Polizeibeamt*innen beschimpft, misshandelt oder körperlich angegriffen worden (IND, 2024).

Gefährdung von Menschenrechtsverteidiger*innen und Schutzstrukturen. Zwischen Februar und April 2026 erhielt *Front Line Defenders* 15 Gesuche von LGBTQI+-Menschenrechtsverteidiger*innen um Unterstützung und Schutz. Mehrere von ihnen hätten den Senegal aufgrund von Verfolgung und konkreten Gefahren für ihre Sicherheit verlassen.

Menschenrechtsverteidiger*innen berichteten zudem, sie lebten aufgrund der zunehmenden polizeilichen Überwachung in Angst oder im Untergrund. Schutzräume für LGBTQI+-Personen hätten ihre Tätigkeit aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung einstellen müssen (Front Line Defenders, 2026).

Kein Landesteil für ein offenes Leben als LGBTQI+-Person. Nach Einschätzung von *Larissa Kojoué* von *Human Rights Watch* können LGBTQI+-Personen in keinem Teil Senegals offen zu ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität stehen. Bereits Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich für das Recht auf Privatsphäre oder gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität einsetzen, seien erheblichen Risiken ausgesetzt. Das gegenwärtige feindselige Klima erfasse inzwischen auch den akademischen Bereich und die Medien. Personen, die sich für den Schutz oder die Gleichbehandlung von LGBTQI+-Menschen aussprechen, würden teilweise selbst als LGBTQI+ bezeichnet und angefeindet (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026).

Kojoué verwies als Beispiel auf die Leiterin des nationalen HIV-/Aids-Rates, die wegen ihrer öffentlichen Forderung nach einer diskriminierungsfreien Behandlung aller Patient*innen verstärkten Schutz benötige. Die Leiterin habe die Befürchtung geäußert, Kritiker*innen könnten das Gebäude ihrer Institution eines Tages in Brand setzen. Nach Einschätzung *Kojoués* erstrecken sich Verfolgung und Einschüchterung damit auf LGBTQI+-Personen, ihre Unterstützer*innen sowie Fachpersonen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (E-Mail-Antwort von Larissa Kojoué von HRW vom 30. Juli 2026).

Folgen für HIV-Prävention und Gesundheitsversorgung. Die Festnahmen, Zwangstests und die Veröffentlichung persönlicher Gesundheitsdaten beeinträchtigen auch die HIV-Prävention und den Zugang zur medizinischen Versorgung. Safiatou Thiam vom nationalen AIDS-Rat erklärte, eine zwischen dem 26. und 28. Februar 2026 in 22 Behandlungszentren durchgeführte Erhebung habe einen deutlichen Rückgang der Konsultationen ergeben. Die Zahl der Patient*innen sei von 2'425 am 31. Januar auf 1'803 am 28. Februar gesunken (TNH, 2026).

Laut Thiam blieben HIV-positive Patient*innen den Behandlungszentren aus Angst vor einer Festnahme fern. Auch Peer-Gesundheitshelfer*innen, die andere Patient*innen bei Tests, Therapieeinhaltung und Nachsorge unterstützen, hätten ihre Tätigkeit teilweise eingestellt (TNH, 2026).

Ein Aktivist, der mit LGBTQI+-Jugendlichen arbeitet und von *The New Humanitarian* unter dem Pseudonym Ibrahima zitiert wurde, erklärte, seine Organisation habe nach den Festnahmen im Februar sämtliche Aktivitäten eingestellt und bislang nicht wieder aufgenommen. Mitglieder seines Netzwerks hätten Angst, sich auf HIV testen oder behandeln zu lassen, und würden Kontakte zu Sozialarbeiter*innen vermeiden. Sie befürchteten, dadurch als LGBTQI+-Personen identifiziert, festgenommen oder angegriffen zu werden. Einige hätten den Senegal verlassen (TNH, 2026).

4 QUELLEN

76 Crimes, 14. Juni 2026 :

«Le 30 avril 2026, le sulfureux journaliste Pape Ndiaye, qui est un intervenant et chroniqueur judiciaire de la chaîne de télévision Walf TV, indiquait que près de 319 homosexuels présumés avaient été arrêtés en moins de 3 mois depuis le début de l'année, égrenant le nombre d'inculpés à chaque dossier. Entre-temps, les arrestations n'ont pas faibli.» Quelle : 76 Crimes (en Français), Sénégal : Bientôt un total de près de 400 personnes arrêtées pour homosexualité ?, 14. Juni 2026 : <https://76crimesfr.com/2026/06/14/senegal-bientot-un-total-de-pres-de-400-personnes-arretees-pour-homosexualite/>.

BBC, 1. April 2026:

«Senegal's President Bassirou Diomaye Faye has signed a new law doubling to 10 years the maximum prison term for sexual acts by same-sex couples.

The new law also criminalises the "promotion" of homosexuality, which includes any public representation and financial support by individuals or organisations, and provides for three to seven years in prison for those found guilty.

The legislation was a campaign promise of President Faye and Prime Minister Ousmane Sonko and was approved by parliament last month.

UN rights chief Volker Türk has described it as "deeply worrying", saying that the anti-LGBT legislation "flies in the face of sacrosanct human rights".

The UN official and rights groups had urged the president not to sign it into law, but the government dismissed the international criticism, arguing that the measures reflected the views of Senegalese people.

It was taken to parliament after a wave of arrests over alleged same-sex relationships, which were already banned under Senegalese law.

In February, 12 men, including two public figures and a journalist, were arrested and charged with "acts against nature".

Campaign group Human Rights Watch has recently noted a rise in "hostility toward LGBT people", adding that MPs had twice – in 2022 and 2024 - unsuccessfully sought to raise jail terms and penalties against same-sex relationships.

The new law was passed by an overwhelming majority in the National Assembly on 11 March, with 135 MPs voting in favour, none against and three abstaining.

Several other African countries have also introduced tough new laws against the LGBTQ+ community in recent years.

In September last year, Burkina Faso's transitional parliament approved a bill banning homosexual acts, following its neighbour Mali in 2024.

In 2023, Uganda voted in some of the world's harshest anti-homosexual legislation, meaning that people engaging in same-sex relationships can be sentenced to death in certain circumstances.

Ghana is also planning to re-introduce an anti-homosexual bill that activists say threatens basic human rights, safety and freedom.» Quelle: BBC News, Senegal president signs tough new anti-LGBT law doubling jail terms, 1. April 2026: https://www.bbc.com/news/articles/clvjzdined0o?at_medium=RSS&at_campaign=rss.

Bertelsmann Stiftung, 2026:

*« Equality before the law and equal access to justice and due process under the rule of law are enshrined in national legislation. **There is generally little discrimination based on ethnicity or religion. In contrast, LGBTQ+ persons are sometimes harassed and their rights are severely limited. Homosexual acts are criminalized, and those engaged in them are frequently jailed. Such arrests are described in the media, often using individuals' full names, contributing to their public shaming. Senegalese laws describe homosexuality as an "act against nature. [...]***

*Different religious and ethnic groups are generally treated equally. However, caste status still poses barriers to marriage, even though the state does not formally discriminate. **Because homosexuality is criminalized, LGBTQ+ individuals have fewer protections than other citizens.**» Quelle: Bertelsmann Stiftung, BTI 2026 Country Report - Senegal, 2026, S. 12; 22: https://www.ecoi.net/en/file/local/2138472/country_report_2026_SEN.pdf.*

El Pais, 2026:

*« El Parlamento de Senegal aprobó a última hora del **miércoles una modificación legal que endurece las penas contra la homosexualidad e intensifica la represión contra activistas, colectivos y miembros de la comunidad LGTBI+.** En las últimas semanas, un clima social de creciente homofobia, que ha incluido la publicación en redes sociales de fotografías, identidades y direcciones, ha provocado que cientos de personas LGTBI+ u otras vinculadas a la lucha por los derechos de este colectivo huyan a países vecinos y europeos, si consiguen un visado, o se refugien en ciudades y pueblos del interior, según las*

asociaciones de defensa de sus derechos. Pierre (nombre ficticio) ha dejado su hogar en Dakar y se esconde en casa de un amigo: “Estamos en pánico. Basta con la mínima denuncia para que te señalen por la calle y vengán a por ti”, asegura.

La reforma modifica el artículo 319 del Código Penal, vigente desde 1965, que sanciona los llamados “actos contra natura” con penas de entre uno y cinco años de prisión para quienes mantengan relaciones con personas de su mismo sexo. Con el cambio aprobado, las condenas pasan a situarse entre cinco y 10 años, con las penas más altas en los casos en los que haya menores implicados. La norma amplía además el alcance de la persecución penal a “personas y organizaciones que promuevan o financien la filosofía LGTBI”. También se endurecen las sanciones económicas: las multas, que hasta ahora podían alcanzar los 2.250 euros, podrán llegar a 15.000 en función de la gravedad de los hechos. En la legislación senegalesa, la homosexualidad queda así equiparada a conductas como la necrofilia o la zoofilia.

Un total de 135 diputados votaron a favor de la modificación de la norma, que también sumó tres abstenciones. Sin embargo, prácticamente todos los miembros de la oposición, que suma 30 escaños, decidieron ausentarse de la votación de la ley. Tierno Allassane Sall, diputado opositor, denunció la “mala fe” del Gobierno y del partido gubernamental Pastef, que acusaron a los regímenes precedentes de haber defendido o estimulado la homosexualidad. Por todo ello decidió no tomar parte en la votación, así como sus compañeros opositores.

Hace dos semanas, Pierre hizo sus maletas y se mudó de la capital a un pueblo del interior del país. “Estamos atrapados. Todo este debate público no hace sino empeorar las cosas para nosotros. Siempre he intentado llevar una vida discreta, pero mis vecinos empiezan a sospechar. Tengo mucho miedo”, dice por teléfono desde la casa de un amigo. De 54 años, casado y con cuatro hijos, vive su homosexualidad en las sombras. “Hice de todo para disimular, para pasar desapercibido. Incluso mi matrimonio fue un intento de quitarme presión. Pero soy lo que soy. Las cosas se han puesto muchísimo peor. Siento que en cualquier momento me van a arrastrar por la calle, pegar una paliza o algo peor”, revela.

La reforma de la ley ha sido impulsada por el Gobierno senegalés y, en particular, por el primer ministro Ousmane Sonko, quien antes de llegar al poder se posicionó con claridad a favor de endurecer la legislación y llevó esta promesa a su campaña electoral. A comienzos de febrero, dos semanas antes de que el Ejecutivo elevara el proyecto de ley al Parlamento, más de 30 personas fueron detenidas en Senegal acusadas de “actos contra natura”, transmisión voluntaria del VIH, pedofilia y violaciones cometidas contra menores. Entre los detenidos se encuentran conocidos periodistas, presentadores de televisión y un cantante, lo que incrementó el interés de unos medios de comunicación que publicaron numerosos detalles de la investigación. Todo ello desembocó en una manifestación contra la homosexualidad que recorrió las calles de Dakar.

Este suceso no es sino el último de una vasta campaña homófoba estimulada por grupos islámicos, como Jamra o And samm djiko yi, que llevan años presionando a las autoridades para endurecer la legislación contra los homosexuales. Jamra asegura tener una lista de 650 homosexuales y activistas LGTBI+, con fotografías e identidades completas, que va a facilitar a las autoridades para que sean llevados ante la justicia. Algunos de esos nombres y direcciones, acompañados de retratos, se han filtrado a las redes sociales y a ciertos medios de comunicación, lo que ha

incrementado el clima de miedo entre las personas LGTBI+. En los últimos años se han multiplicado las palizas, actos de violencia y la estigmatización de homosexuales, como cuando en 2023 una multitud enfervorecida desenterró el cadáver de un joven señalado como gay y le prendió fuego en una calle de Kaolack.

Sin embargo, el incremento de la homofobia no es exclusivo de Senegal. Más de 30 países africanos tienen leyes que penalizan la homosexualidad y, en los últimos años, un puñado de naciones como Kenia, Uganda, Malí, Burkina Faso y ahora Senegal las han endurecido. “En realidad es difícil hablar de retroceso en materia de derechos de las personas LGTBI porque nunca ha habido avances. Efectivamente ahora estamos mucho peor que hace 20 o 30 años, se han intensificado los ataques y se puede hablar directamente de persecución. Ahora se habla más de la cuestión LGTBI+ y se la considera una importación occidental, lo que ha complicado mucho las cosas”, asegura la camerunesa Larissa Kojoué, investigadora de Human Rights Watch (HRW).

En su argumentación de defensa de la reforma de la ley, los grupos políticos que sostienen al Gobierno en el Parlamento senegalés calificaron una y otra vez a la homosexualidad como una “perversión”, “desviación” y, en todo caso, como “un comportamiento totalmente contrario a nuestros valores y nuestra cultura”, defendiendo que endurecer las penas era necesario para “defender a nuestros jóvenes y nuestra infancia”. Para Kojoué, quien se define como feminista, panafricanista y anticolonialista, “el discurso que define la homosexualidad como algo occidental no tiene ningún fundamento. Numerosos estudios han confirmado que no es así, que los homosexuales existen en todas las regiones del mundo. Defender lo contrario es una narrativa que divide, que manipula a la opinión pública, que está politizada”.

[...]

En el caso de Senegal hay un componente político añadido. Esta reforma legal procede del primer ministro Ousmane Sonko y coincide con una grave crisis entre él y el presidente del país, Bassirou Diomaye Faye. Pese a que ambos proceden del mismo movimiento político, el Partido Patriotas Africanos de Senegal por el Trabajo, la Ética y la Fraternidad (Pastef), que llegó al poder hace dos años, y fueron compañeros de oposición durante largos años, ambos aspiran a ser candidatos a las próximas elecciones presidenciales y mantienen posturas divergentes sobre cuestiones relevantes como la crisis de la deuda. Este miércoles, la mayoría de diputados se apresuraron a felicitar a Sonko por esta iniciativa, “no un mero acto legislativo, sino un acto de soberanía que conecta con el sentimiento de la nación senegalesa”, dijeron.» Quelle : El País, Senegal endurece la ley contra la homosexualidad: “Estamos en pánico, basta con la mínima denuncia para que te señalen y vengan a por ti”, 12. März 2026 : <https://elpais.com/planeta-futuro/2026-03-12/senegal-endurece-la-ley-contra-la-homosexualidad-estamos-en-panico-basta-con-la-minima-denuncia-para-que-te-senalen-y-vengan-a-por-ti.html>.

Front Line Defenders, 2026:

« Front Line Defenders expresses its deep concern over the deteriorating situation of LGBTQ+ rights defenders due to the increased criminalisation and punishments for defending LGBTQ+ rights. On 30 March 2026, the President of the Republic of Senegal signed into law Act No. 2026-08 amending Article 319 of the Penal Code. Adopted on 11 March 2026 by the National Assembly with an overwhelming majority, this law significantly increases the penalties

applicable to “acts against nature,” a term used in Senegalese law to refer to sexual relations between people of the same gender. Prison sentences increased from 1–5 years to 5–10 years in prison, and fines rose to from approximately €150 - €2,2200 (CFA 100,000 – 1,5 million) to €3,000 - €15,000 (CFA 2–10 million). The amended law also specifically targets human rights defenders and civil society organisations by criminalising solidarity with LGBTQ+ persons. It creates a legal and social environment that directly exposes human rights defenders to arbitrary prosecution, intimidation, and restrictions on their legitimate work by equating their protection and advocacy activities with criminal offenses.

Following the arrest of twelve people in Dakar in early February 2026, including two public figures, for “acts against nature”, political actors in Senegal have revived initiatives aimed at tightening the existing legal framework and consequently passed the amendments to Article 319 of the Penal Code in March 2026.

The amended law provides for 3–7 years in prison for “promotion,” broadly defined as any public representation through speech, writing, images, or sound intended to “promote homosexuality, bisexuality, or trans-sexuality.” Funding or supporting such activities is therefore also punishable and those convicted may face the loss of their civil rights. This criminalisation severely risks an exacerbated marginalisation of LGBTQ+ persons and increase the risk of human rights defenders engaged in, for example, advocacy for LGBTQ+ rights.

Front Line Defenders emphasises that this law is not limited to criminalising LGBTQ+ relationships between consenting adults. Its scope is deliberately broad, extending to the entire civic sphere and human solidarity. The provision on “promotion,” for example, is phrased broadly enough to criminalise the work of journalists, activists, healthcare professionals, lawyers, and civil society organizations that document human rights violations or provide services to LGBTQ+ persons. Funding or supporting such activities is subject to criminal prosecution, which directly undermines the ability of local, national, and international organisations to operate in Senegal. For instance, the operations of HIV/AIDS programmes are at risk, and in the context of the arrests in early February, the Executive Secretariat of the National Council for the Fight Against AIDS (CNLS) warned against the health risks resulting from restrictions imposed by Article 319.

Due to the intense hostility and the spread of hate speech against LGBTQ+ persons, there is a substantial risk of misusing the anti-LGBTQ+ legislation in Senegal to lodge false allegations of, for example, an LGBTQ+ relationship, to inflict harm on someone because of a personal conflict or interests. Although the amended law includes a provision penalising “bad-faith statements”, this provision is broadly and vaguely defined, and may not protect LGBTQ+ rights defenders from false allegations that could result in persecution and criminalisation.

Already before and during the period of the amendment, the situation for human rights defenders in Senegal was rapidly deteriorating. Between February and April 2026, Front Line Defenders received fifteen requests from LGBTQ+ rights defenders for support and protection measures, and several of these defenders have fled Senegal due to persecution and risks to their safety.

Human rights defenders reported living in fear and in hiding as surveillance by the police has intensified. Front Line Defenders received reports from local partners indicating that in February and March 2026, at least 70 people were arrested in connection with anti-LGBTQ+ legislation. Reportedly, police officers confiscated phones to track down networks, and designated safe spaces are being forced to close for fear of criminal prosecution. Hostile rhetoric is circulating on social media, exposing LGBTQ+ persons and human rights defenders to attacks.

Front Line Defenders is deeply concerned over the increasing hostility against LGBTQ+ rights defenders in Senegal. The amended law and the concomitant exacerbated stigmatisation, criminalisation, and punishment of LGBTQ+ rights defenders marks a further escalation in the persecution of the Senegalese LGBTQ+ community, which has been suffering from severe human rights violations and has been exposed to a dangerous and extremely hostile environment in Senegal for decades. In light of the climate of fear in Senegal and the structural violence against LGBTQ+ persons, Front Line Defenders reiterates that the protection of human dignity and the physical integrity of every person, regardless of their sexual orientation or gender identity, constitutes a universal obligation.» Quelle: Front Line Defenders, Human rights defenders in Senegal at heightened risk from anti-LGBTQ+ law, 29. April 2026: <https://www.frontlinedefenders.org/en/statement-report/human-rights-defenders-senegal-heightened-risk-anti-lgbtq-law>.

HJN, 2026:

« According to HJN monitoring data, since early February authorities in Senegal have arrested over 238 individuals on allegations of “acts against nature”. Amongst these, at least 68 have also been charged with “voluntary HIV transmission” on the sole basis of their HIV status. Newspapers’ reports indicate that the people arrested were subjected to forced HIV testing and personal information, such as their HIV-status and names, was subsequently disclosed in the media.

At the same time, the Senegalese National Assembly adopted an amendment to the Penal Code on 11th March 2026 that increases penalties related to same-sex conduct and extends criminal liability to forms of advocacy and financial support perceived as supporting LGBT people. The bill was signed into law by Senegal’s President Bassirou Diomaye Faye on 27th March 2026 and is now in force.

A detailed chronology of arrests since 4 February is set out below, with identifying information removed.

[...] Two men arrested on suspicion of unnatural acts and wilful transmission of HIV - 21 July

July 21, 2026

Source: Press Afrik

Following an investigation into a tip-off regarding acts of sodomy committed by young people along the beaches between Gadaye and Malika, the Guédiawaye Central Police Station arrested two individuals on charges of criminal conspiracy, acts of sodomy and the wilful transmission of HIV.

According to a police statement, officers raided Gadaye beach during the night. On arrival, they found the two men sitting side by side. When questioned as to

why they were there at such a late hour, they claimed to have come to go for a swim. **A body search carried out on one of them revealed a condom.**

Taken to the police station for questioning, the suspects admitted to being homosexual. **An authorised examination of their mobile phones revealed, on the second suspect's device, exchanges of messages of a sexual nature with several contacts on Messenger.** When questioned about this evidence, he admitted to having had sexual relations with two of them, whilst claiming to be unaware of their identities and current whereabouts.

An examination of the first suspect's phone, however, revealed nothing. Following medical tests ordered as part of the proceedings, the second suspect tested positive for HIV, although he stated that he had never been tested before.

[...] Arrest

Dakar: 9 arrests in a male dating ring, 7 of whom are HIV-positive- 16 July
July 16, 2026

Source: Senego

Dakar: 9 arrests in a male dating ring, 7 of whom are HIV-positive

The Senegalese capital has been rocked by a case of deliberate HIV transmission. A male dating ring operating in Dakar has been dismantled by the police. Investigators used mobile phone data to identify the suspects.

A total of nine people were arrested. Among them were a young school leaver, a company employee and a refrigeration engineer working at a hospital in the capital. The varied backgrounds of the suspects – a recent school leaver, a private-sector employee and a healthcare technician – show that the network affected different sections of Dakar society. **Investigations revealed that the group used online platforms to arrange meetings**, some of which were paid for, thus constituting online prostitution.

Placed in police custody, the nine suspects admitted to the offences. They provided details of how the network operated and their respective roles, according to the media outlet Kawtef. These interviews confirmed the existence of a structured organisation.

Testing: 7 out of 9 tested positive

Mandatory HIV testing was ordered for all the suspects. The results are alarming: seven of them are carrying the virus. This high proportion highlights the considerable risk of transmission to which their partners have been exposed. Health authorities are emphasising the need to step up prevention efforts in high-risk communities.

Referred to the Dakar Public Prosecutor's Office, the defendants are being prosecuted for a series of offences. Criminal conspiracy, acts against nature, wilful transmission of HIV/AIDS, online prostitution and endangering the lives of others feature on the list of charges. Articles 5 and 36 of the Senegalese Penal Code provide for criminal penalties for these acts, provided that intent to cause harm is established. In accordance with the Constitution, they are presumed innocent pending their trial. The investigation is continuing to identify any other potential victims.

Arrest

Five people arrested, including three HIV-positive individuals

July 16, 2026

Source: Ndar Info

The Yeumbeul District Police Station has dismantled a large-scale network involved in the recruitment of individuals and the deliberate transmission of HIV, operating primarily on social media. **The police investigation, which initially targeted a ring involved in so-called 'unnatural acts', has uncovered extremely serious ramifications and has already led to the arrest of five individuals.**

The case began with the arrest of an initial suspect who had attempted to solicit a broiler chicken seller. Married and fully aware of his HIV-positive status since 2021, this man admitted to having deliberately engaged in multiple instances of unprotected sex with various partners, whose identities he eventually disclosed to the investigators.

As they pressed ahead with their investigations and analysed the suspects' mobile phones, police officers in Yeumbeul uncovered a highly structured organisational system. Messages extracted from one of the partners' phones revealed a precise classification of the group's members under the designations 'Oubi', 'Yoss' and 'A-P'.

The recruitment and expansion of this network relied heavily on digital platforms such as TikTok and Facebook. Of the five people already behind bars, three of them — including married fathers who have admitted to leading double lives — are HIV-positive. Six people arrested in Linguere, 4 accused of HIV transmission - June 13

June 13, 2026

Source: Senego

"The results revealed that four of the six suspects were HIV carriers," says a source close to the investigation. **A joint operation by the National Police allowed the arrest of six individuals in Louga**, as part of an open judicial information for criminal association, voluntary transmission of HIV and unnatural acts.

The operation, carried out on the delegation of the investigating judge of the Louga High Court, mobilized the Special Division for the Fight against Cyber-crime (DSC), the Research and Arrest Group (GRI) of the Criminal Investigations Division (DIC) and the Linguère Urban Police Station, as Xibaaru writes. The suspects have been placed in police custody and investigations are continuing to determine the responsibilities of each.

This case is reminiscent of recent precedents. In February 2026, four people had been placed under a detention warrant in Pikine-Guédiawaye for similar facts, and in April, 18 people were arrested in Linguère, including three HIV carriers. The police services continue their in-depth analysis.

[...] Mbour: 31-year-old man charged with homosexuality and "HIV transmission"

July 2, 2026

Source: Thiesinfo

The Saly Investigation Brigade (BR), attached to the Mbour gendarmerie company, arrested a 31-year-old bricklayer as part of an investigation launched following a report. The suspect was subsequently brought before the Mbour Public Prosecutor's Office, where he will have to answer for the offences with which he is charged. At this stage of the proceedings, these charges have not yet been tried in court.

According to reports, the case began on 24 June 2026 when a man approached investigators at the Saly BR. He claimed to be regularly approached by an individual who had allegedly propositioned him for sex.

Claiming to be a victim of harassment, he handed over telephone messages to the gendarmes, along with several items he believed would support his complaint.

The investigators then decided to launch an inquiry to verify the alleged facts.

As part of their investigations, the gendarmes asked the complainant to maintain contact with the alleged suspect and to arrange a meeting. The aim was to establish the facts in a setting that would allow each party's responsibilities to be determined.

On the agreed day, the suspect arrived at the location. According to the investigation, he was carrying lubricant and lozenges. The police, who were discreetly monitoring the operation, then proceeded to arrest him.

The suspect's statements

Placed in police custody, the arrested individual is questioned by the investigators. According to the police report cited by several media outlets, the bricklayer is said to have stated that he has been homosexual since he was young.

Still according to his statements, he is said to have had a relationship with a man identified by the initials S. S., who is currently facing prosecution in another case. He is reported to have explained that, following the latter's arrest, he was looking for a new partner, which is said to have led him to make contact with the complainant.

These statements were made during the suspect's questioning and will, if necessary, be examined by the courts during the proceedings.

The investigations are also reported to have revealed that the accused is HIV-positive. On this basis, the public prosecutor's office has brought two charges against him: acts classified as 'unnatural acts' under Senegalese law, and the wilful transmission of HIV.

It will now be for the prosecutor to assess the evidence in the case and, where appropriate, for the court to determine whether the alleged offences have been committed. The presumption of innocence remains in force until a final court decision has been handed down.

These proceedings come at a time when several similar cases have recently been heard by the Senegalese courts.

These cases regularly fuel public debate surrounding the application of legislation relating to same-sex sexual relations – which remain a criminal offence in Senegal – as well as public health issues linked to HIV.

Developments in this case will be closely monitored, particularly during the next stages of the legal proceedings before the competent courts in Mbour.

[...]

Medical student incarcerated for voluntary transmission of HIV in Linguère

June 5, 2026

Source: Senenews

A legal case shakes the city of Linguère. A third-year medical student domiciled in Sicap Mbao, was placed under a warrant on Tuesday by the judge of the first office in Linguère. He is being prosecuted for “association of criminals, unnatural acts and voluntary transmission of HIV”. Several other suspects were also incarcerated.

*The investigation, opened by the elements of the Linguère police station, has its origin in a complaint filed by three employees of the Maguette Lô hospital in Linguère. **The latter complained of alleged facts of “harassment via Facebook and WhatsApp”. As part of these investigations, the investigators were interested in the Facebook account, which led to the arrest of the student.***

Recognition of facts by the student

According to information from the daily Libération, during his hearing, the young man would have acknowledged the facts of which he is accused. In particular, he would have said that he had learned his seropositivity as early as 2024, even before the medical examinations carried out as part of the investigation. A revelation that considerably weighs down his case, since it suggests that he had knowledge of his status before the denounced relations.

Asked about his career, the medical student reportedly confided that he was initiated into homosexual relations by an uncle living in Mbacké, while he was still in CM2 class. He also cited several alleged partners. All were also placed under a warrant for deposit as part of this procedure.

Partner Survey and File Expansion

At the same time, the investigation continues against another man, presented as a “partner” of the defendant. His mobile phone and computer were seized and sent to the Special Cybersecurity Division (DSC) for operation. The investigations are intended to determine the extent of the network and any other victims.

The case broke out after a complaint was filed for online harassment. By tracing the digital trail, investigators discovered more serious elements, leading to prosecution for voluntary transmission of HIV, an offense severely punished by Senegalese law. “Acts against nature” (a legal term for homosexuality in Senegal) are also criminalized in the country. [...]

3 men arrested, one HIV test came back positive - 22 May

May 22, 2026

Source: Seneweb[...]

It all began with a tip-off received by the police station: individuals were reportedly engaging in unnatural acts in the area, and one of them was believed to be HIV-positive. Investigations quickly revealed that two suspects had arranged to meet at the BCEAO day centre, with the intention of isolating themselves in a shed for a sexual act. A surveillance operation was immediately set up. The two men were arrested outside the centre.[...]

Student arrested - March 12

March 12, 2026

Source: Senenews

The national gendarmerie arrested a third suspect in the investigation into an alleged network of homosexuals, a case that would involve a journalist from an international television channel.

According to information reported by Seneweb, a 25-year-old student nicknamed "Sandra", was referred on Thursday, March 12, 2026 to the Public Prosecutor at the Dakar High Court out-of-class for an act against nature.

This interpellation is part of the continuation of the procedure initiated against two other men arrested and then referred by the Faidherbe Research Brigade, under the Dakar gendarmerie company, for acts against nature and voluntary transmission of HIV, among other charges.

Elements discovered in phones

The investigation accelerated after the use of the mobile phones of the first two suspects. The analyses would have highlighted exchanges revealing the existence of a wider network. The in-depth examination of one of the phone entrusted to the National Center for the Fight against Cybercrime (CNLC), would have identified the student.

According to the elements of the investigation, the gendarmes discovered discussions between the two men in which the student under the pseudonym "Sandra", evoked his belonging to the LGBTQ community and considered a date. He was arrested at his home.

The search of his phone would also have made it possible to find homosexual images and videos, as well as exchanges with several people presented as belonging to this environment. Some videos would show acts whose faces are masked but whose morphology of a protagonist could correspond to that of the suspect. However, the latter denies being the author.

The statements of the defendant

During his hearing, he explained that he met the other man on the TikTok app before continuing their exchanges on WhatsApp. He claims not to be homosexual and claims to have had these discussions with the intention of extorting money from his interlocutor.

The defendant also acknowledges having been put in contact with a foreign national who would have expressed the desire to finance a sex change operation. According to his statements, a WhatsApp group had been created between the three men, whom he claims to have quickly left.

Nevertheless, he admits to having received from the French man the sum of 40,000 CFA francs, while he was in Morocco, for the purchase of a ticket related to the Senegal-Mozambique match. He claims to have never met physically these people.

Deferment to the parquet

The HIV screening test carried out turned out to be negative, according to the information close to the file. The videos, images and screenshots taken from his phone were sealed and transferred to the procedure.

At the end of the investigation, investigators estimated that the clues gathered were serious and consistent. The student was thus referred this Thursday, March 12, to the Public Prosecutor at the High Court out of Dakar class for an unnatural act, an offence provided for and punished by Article 319 of the Criminal Code. He joins in detention the two other men, already prosecuted in the same case.

[...]

4 New arrests - March 19

March 21, 2026

Source: Seneweb [...] *The arrests took place gradually, following the first arrests made in the context of this case. A few days after the arrest of a Cameroonian*

national investigators apprehended an individual at his workplace by gendarmes in civilian clothes, aboard a trivialised vehicle, before being taken to the premises of the BR of Keur Massar.

*In the wake, **investigators arrested a cook, following a device presented as a trap, based on a fictitious order.** At the same time, the investigations identified and arrested another man, presented as a suspected partner of another suspect arrested in Les Almadies, as well as a cold technician, apprehended in Pikine Ico-taf.[...]*

2 arrests in Dakar - February 27

February 27, 2026

Source: Infos Dakar

New network dismantled, famous television journalist named

***The Faidherbe Investigation Brigade (BR), part of the Dakar Gendarmerie, dismantled a network of alleged homosexuals operating in Dakar, following an intelligence operation carried out in the Mbao and Ouakam business districts.** A Senegalese student and a restaurateur, a French-Senegalese national, were arrested with videos showing scenes of orgies.*

As part of its intelligence activities, the Faidherbe BR received information from a girl who had infiltrated a discussion group bringing together people who identified as transgender, lesbian and homosexual. Posing as someone interested in these practices, she managed to join the group and make contact with some of its leaders. A meeting was reportedly arranged in an apartment in the Mbao ZAC for an orgy involving several men and women.

***Informed of this planned meeting, plainclothes police officers set up a surveillance and intervention operation.** On the agreed day, a 23-year-old student at FASEG, was the first to arrive at the scene. According to the file submitted on Friday to the public prosecutor, he began contacting the other participants. However, due to the intervention of the police, the others decided not to attend. Thanks in particular to the images and exchanges recovered from the infiltrated group, investigators were able to formally identify another man, who was arrested on the spot. The investigation continued and led the police to the home of a 35 year-old French-Senegalese restaurant owner living in Ouakam. He was also arrested. Other alleged members of the network, including a journalist from an international television channel currently outside the country, have been identified and are being actively sought.*

Investigations established that the suspects maintained contact via dating apps and social networks such as TikTok, WhatsApp and Grindr. During his hearing, the student admitted to having had intimate relations with persons of the same-sex on three occasions, notably with a foreign journalist he met in Dakar-Plateau.

He stated that he acted out of curiosity, while presenting himself as heterosexual. He admitted to being an 'active participant' in the acts of which he is accused and expressed regret, according to Seneweb sources close to the public prosecutor's office.

For his part, X stated that he had behaved in an effeminate manner since childhood. He admitted to having committed a similar act in France with a Senegalese national in the past and to having communicated with several foreign contacts via specialised applications. He presented himself as a 'passive subject' and claimed

to have acted out of curiosity. Both defendants stated that they did not belong to a structured organisation, while acknowledging that they had been in contact with people in the LGBT community. The investigation also revealed that he had engaged in several unprotected sexual encounters, according to Seneweb sources close to the public prosecutor's office.

At the end of the investigation, the police charged both men with acts against nature. One of them is also being prosecuted for deliberately transmitting HIV. The two defendants were brought before the public prosecutor at the Dakar High Court on Friday, 27 February 2026. A judicial investigation may be opened to continue the investigation.» Quelle: HIV Justice Network (HJN), Senegal: Crackdown on LGBTQ+ people continues with multiple arrests [updated daily], 28. Juli 2026: <https://www.hivjustice.net/cases/senegal-crackdown-on-lgbtq-people-intensifies-with-multiple-arrests/>.

Human Dignity Trust, 2026:

« Law and Legal Developments
2026

On 18 February 2026, the Senegalese Council of Ministers adopted a bill modifying law no.65-60 of 21 July 1965 relating to the Penal Code, which would amend “article 319 [of the Penal Code] with a definition of ‘unnatural acts’, a hardening of penalties and the integration of the glorification and financing of these types of acts in the punishments”. This measure came in the wake of the highly publicised arrest of 12 men accused of unnatural acts under article 319 (see below), and ensuing protests and calls for tougher punishments.

The bill was adopted by the Senegalese National Assembly on 11 March 2026. It was signed by President Faye on 27 March 2026 and published in the Official Journal on 30 March 2026. It is now in force. As was the case for the original provision, the amended Article 319 criminalises same-sex acts between men and between women, but doubles the maximum term of imprisonment to 10 years and introduces a more than a sixfold increase in the maximum fine. It also introduces new offences criminalising the glorification of unnatural acts, as well as the financing of or support for those promoting or glorifying homosexuality, bisexuality, transsexuality, or any other similar practice.

According to news reports, on 22 May, Prime Minister Ousmane Sonko said to lawmakers that a ‘western tyranny’ is aiming to impose homosexuality on the rest of the world. Following his dismissal by President Bassirou Diomaye Faye for unrelated reasons, Mr Sonko was appointed as President of the National Assembly of Senegal, and remains the head of PASTEF.

In a televised interview in June, Mr Sonko ruled out a repeal of the criminalising provisions, emphasising that Senegal is ‘a sovereign nation that legislates according to what its society rejects’.

[...]

Enforcement
2026

In early February 2026, 12 men were arrested in Dakar and charged under article 319 of the Penal Code, which criminalises “unnatural acts”. Those arrested include two Senegalese celebrities – the media presenter Pape Chinch Diallo, and Djiby Dramé, a musician. Following the arrest, anti-LGBT demonstrators rallied in Dakar. It has been reported that several further arrests

(including that of a journalist) took place later that month. According to a documentary by FranceTV, over a hundred arrests had taken place as of May 2026, including that of at least one foreign national.

The first conviction under amended Article 319 took place on 10 April 2026, only a few weeks after the provision was broadened and its penalties increased. A man was sentenced to 6 years' imprisonment and a fine of 2 million CFA francs by a criminal court in Dakar after being caught in the midst of a sexual act with another man. Further convictions were reported in mid-May, with two being sentenced to seven years' imprisonment each after having been caught in the act. Other prosecutions are ongoing.

According to a documentary by FranceTV, over a hundred arrests had taken place as of May 2026, including that of at least one foreign national. Another source suggested that arrests were in the several hundreds as of mid-June.

[...]

Discrimination and Violence

2026

In February 2026, local organisation Jamra asserted that it is in possession of a list of 635 names of homosexual persons, which it proposes to use to seek the dismantling of 16 LGBT+ rights NGOs by the Senegalese State. Jamra originally mentioned the existence of a version of this list in 2019. This latest development follows the announcement of a bill raising penalties for same-sex acts, and increasing crackdowns against individuals perceived to be homosexual and their supporters.

As of May 2026, following the enactment of increased penalties and new offences, public violence against suspected homosexuals often takes place alongside multiple arrests, causing many to go into hiding. Lawyers are reportedly hesitant to represent those who have been charged, for fear of retaliation. It is reported that the first person to have been convicted under the law represented himself in court, having been unable to secure the services of a lawyer.» Quelle: Human Dignity Trust, Country Profile Senegal, 26. Juni 2026: <https://www.humandignitytrust.org/country-profile/senegal/>.

HRW, 2026:

« The recent detention of 12 men in Senegal using homophobic laws have intensified concerns over the country's criminalization of same-sex relations and the safety of people living with HIV and/or AIDS.

On February 9, gendarmes in Dakar arrested 12 men on various charges, including "acts against nature" and the alleged intentional transmission of HIV. The men could face up to five years in prison, with fines of 100,000 to 1,500,000 CFA (about US\$180 to 2,700) for alleged same sex conduct, as well as up to ten years in prison for the alleged intentional transmission of HIV.

Senegal criminalizes consensual same-sex conduct under article 319 of the Penal Code, which prohibits "acts against nature." In a country where people already face violence and discrimination based on their sexual orientation or HIV status, high-profile negative media coverage of these arrests is fueling fear among the lesbian, gay, bisexual and transgender (LGBT) community. One activist told Human Rights Watch that community-based health workers

are extremely worried about potential legal repercussions if their contact details are discovered on the detained men's devices.

Hostility toward LGBT people has intensified in Senegal in recent years. Members of parliament have twice—in 2022 and 2024—sought unsuccessfully to increase the custodial and financial penalties for “acts against nature.” In October 2023, in the town of Kaolack, 200 kilometers southeast of the capital Dakar, a mob exhumed the body of a man they believed to be gay, dragged it through the streets, and burned it in the town square. The spectacle attracted a large crowd, and videos of the incident subsequently went viral in Senegal.

Criminalizing same-sex conduct and arresting people for their sexual orientation or gender expression violates multiple internationally protected rights, including to equality and nondiscrimination. Using condoms, lubricants, or HIV treatment as evidence of same-sex conduct; forcing HIV testing; and publishing someone's HIV status breach privacy rights and relevant international norms and deter people from seeking care, undermining essential HIV prevention and treatment efforts.

The Senegalese government should act on its obligations to respect and protect LGBT people's rights under the International Covenant on Civil and Political Rights, the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, and the African Charter on Human and Peoples' Rights, including by releasing those arrested and repealing discriminatory and homophobic laws.» Quelle: Human Rights Watch (HRW), Senegal Arrests 12 Men Using Punitive Anti-LGBT Laws, 18. Februar 2026: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2137110.html>.

ILGA, 2026:

« Since March 2026, Article 319 of the Criminal Code (Law No. 66-16) (1966), as amended by Law No. 2026-08 (2026), punishes “acts against nature” with prison sentences of between 5 and 10 years and a hefty fine. According to the same provision, acts against nature expressly include “sexual acts or acts of a sexual nature between two persons of the same sex”, as well as “sexual acts with corpses or animals”.

The 2026 amendment was preceded by years of discussions and proposals to increase the penalty that had existed until then (from 1 to 5 years' imprisonment).

[...]

In March 2026, the National Assembly adopted Law No. 2026-08 (2026), which modified article 319 of the Penal Code to punish the “promotion of unnatural acts”. This new crime would include “any public representation, whether through speech, writing, images, gestures, sound or any other means whatsoever, which seeks to promote homosexuality, bisexuality, transsexuality, bestiality, necrophilia or any other similar practice”, as well as funding any activities with that aim. Such acts would be punished with three to seven years' imprisonment and hefty fines ranging. Persons convicted under these provisions may also be deprived of civil and political rights, including the right to vote and to hold public office, for a period of ten years. On 27 March 2026, the President signed Law No. 2026-08 into force.

[...] After that attempt, in March 2026 the National Assembly adopted Law No. 2026-08 (2026), which modified article 319 of the Penal Code to punish the “promotion of unnatural acts”. This new crime would include funding any activities seeking “to promote homosexuality, bisexuality, transsexuality, (...) or any other similar practices”. Such acts would be punished with three to seven

years' imprisonment and hefty fines. On 27 March 2026, the President signed Law No. 2026-08 into force.» Quelle: The International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA), ILGA database, Senegal, 2026: <https://database.ilga.org/senegal-lgbti>.

LiFO, 2026:

«Την παραμονή της συνάντησης, ο Λατίρ έστειλε ένα μήνυμα στο Signal. Δεν ήξερε, έγραφε, αν την επόμενη μέρα θα ήταν ακόμη ελεύθερος. Οι χωροφύλακες πλησίαζαν. «Δεν μπορείς να ξεφύγεις από τη μοίρα σου», έλεγε. Ήταν ένας άνδρας λίγο πάνω από τα τριάντα, εργαζόμενος, μουσουλμάνος, προσεκτικός σε κάθε κίνηση, και ζούσε με την αίσθηση ότι η ζωή του μπορούσε να καταρρεύσει από ένα μήνυμα, μια φωτογραφία, μια γνωριμία, το όνομα κάποιου που είχε ήδη συλληφθεί.

[...]

Από τον Φεβρουάριο, περισσότεροι από 100 άνθρωποι που θεωρούνται μέλη της ΛΟΑΤΚΙ+ κοινότητας έχουν συλληφθεί στο Ντακάρ και σε άλλες μεγάλες πόλεις. Σε αρκετές περιπτώσεις, τα κινητά τηλέφωνα των υπόπτων εξετάζονται εξονυχιστικά. Μηνύματα, φωτογραφίες και βίντεο μπορούν να γίνουν αφορμή για σύλληψη. Για τους ανθρώπους που ζούσαν ήδη με διπλή ζωή, το ίδιο το τηλέφωνο, δηλαδή το αντικείμενο όπου αποθηκεύεται ένα κομμάτι της επιθυμίας, της φιλίας και της μνήμης τους, έχει γίνει πιθανό αποδεικτικό στοιχείο εναντίον τους.

Ο Λατίρ έλεγε ότι περίπου δέκα φίλοι του είχαν χαθεί μέσα σε λίγους μήνες. Κάποιοι βρίσκονταν σε φυλακές της Σενεγάλης, άλλοι είχαν φύγει στη Γκάμπια ή στο Μαρόκο. Ο ίδιος ζούσε από μικρός την ομοφυλοφιλία του διακριτικά. Πίστευε ότι είχε σταθεί τυχερός επειδή δεν φαινόταν «θηλυπρεπής». Δεν άφηνε, όπως έλεγε, καμία χειρονομία να του ξεφύγει. Αλλά η μάσκα που κάποτε τον προστάτευε είχε γίνει εξαντλητική. Την ημέρα είχε πονοκεφάλους και ταχυπαλμίες. Τη νύχτα δεν κοιμόταν. Είχε χάσει κιλά. Όταν γύριζε από τη δουλειά, πριν ανέβει στο σπίτι του, έλεγχε αν υπήρχε αυτοκίνητο της χωροφυλακής απ' έξω.

[...]

Η ζωή του είχε μικρύνει μέχρι να χωρέσει σε λίγες κινήσεις: δουλειά, σπίτι, τζαμί, ειδήσεις στο κινητό, φαγητό. Το υπόλοιπο Ντακάρ, η πόλη των φίλων, των μπαρ, των διαμερισμάτων όπου γίνονταν συναντήσεις μακριά από αδιάκριτα βλέμματα, είχε σχεδόν κλείσει. «Μιλάς με έναν άνδρα το πρωί και το βράδυ μαθαίνεις ότι συνελήφθη», είπε.

Η καταστολή ξεκίνησε μέσα από μια μεγάλη υπόθεση που συνδέθηκε δημόσια με γνωστά πρόσωπα, τηλεοπτικούς παρουσιαστές, κατηγορίες για ομοφυλοφιλία, HIV, ναρκωτικά και άλλα αδικήματα. Παρότι διαφορετικές δικαστικές υποθέσεις δεν συνδέονταν μεταξύ τους, στον δημόσιο λόγο αναμείχθηκαν επικίνδυνα. Η ομοφυλοφιλία, η παιδική σεξουαλική κακοποίηση και ο HIV παρουσιάστηκαν σαν κομμάτια του ίδιου σκοτεινού σεναρίου. Η σύγχυση αυτή τροφοδότησε έναν ηθικό πανικό που βρήκε γρήγορα πολιτική μορφή.

Η ομοφυλοφιλία ήταν ποινικοποιημένη στη Σενεγάλη από το 1966, έξι χρόνια μετά την ανεξαρτησία της χώρας. Για δεκαετίες, όμως, ο νόμος δεν εφαρμοζόταν πάντα με την ίδια ένταση. Η τιμωρία ερχόταν συχνά πρώτα κοινωνικά: από την οικογένεια, τη γειτονιά, τη δουλειά, το τζαμί, το βλέμμα των άλλων. Πολλοί ΛΟΑΤΚΙ+ άνθρωποι έμαθαν να μη γελούν υπερβολικά, να μη ντύνονται λάθος, να μη στέκονται λάθος, να

μη σωπαίνουν με τρόπο που θα τους πρόδιδε όταν οι συνάδελφοι έκαναν ομοφοβικά σχόλια.

[...]

Ο Ιμπού Γκαγιέ, που έχει πλέον καταφύγει στη Γαλλία και μιλά δημόσια για τη ζωή του, θυμάται ότι στα 13 του ο μεγάλος του αδελφός τον πήγε στη θάλασσα για ψάρεμα, τον έδεσε και τον χτύπησε για να τον «διορθώσει». Μεγάλωσε στο Γιοφ, στα βορειοδυτικά του Ντακάρ, μέσα σε μια μεγάλη οικογένεια ψαράδων, όπου κάθε κίνηση μπορούσε να σχολιαστεί. Τον φώναζαν με το όνομα μιας γνωστής τρανς φιγούρας της Σενεγάλης. Κάποιοι φίλοι του τον προειδοποιούσαν ότι ο τρόπος που περπατούσε και μιλούσε τον έβαζε σε κίνδυνο.

Για ένα διάστημα προσπάθησε να «διορθώσει» τον εαυτό του μέσα από την πίστη. Άλλαξε παπούτσια για να περπατά πιο «ανδρικά». Πήγαινε συχνότερα στο τζαμί. Προσευχόταν για να αλλάξει. Η προσπάθεια κράτησε λίγους μήνες, μέχρι να καταλάβει ότι η ζωή που περίμεναν από εκείνον, γάμος, παιδιά, δεύτερη σύζυγος, κοινωνική κανονικότητα, θα ήταν μια ζωή ασφυξίας.

Αυτή η πίεση να χωρέσεις στο σχήμα της οικογένειας επανέρχεται ξανά και ξανά στις ιστορίες των ανθρώπων που μιλούν από τη Σενεγάλη. Ένας άνδρας 38 ετών, που ζει στο Ντακάρ, έφτασε πολύ κοντά σε έναν λευκό γάμο με γυναίκα, για να προστατεύσει τον εαυτό του από την κοινωνική υποψία. Τελικά έφυγε από την πόλη του την παραμονή του γάμου. Δεν άντεχε, όπως είπε, να καταδικάσει και εκείνη τη γυναίκα σε μια ζωή που δεν είχε ζητήσει.

ΔΕΙΤΕ ΑΚΟΜΑ

Ένας Αμερικανός φωτογράφος καταγράφει τη δύσκολη καθημερινότητα της LGBTQ κοινότητας στην Ουγκάντα

ΦΩΤΟΓΡΑΦΙΑ

Ένας Αμερικανός φωτογράφος καταγράφει τη δύσκολη καθημερινότητα της LGBTQ κοινότητας στην Ουγκάντα

27.02.18

Στο Ντακάρ βρήκε μια υπόγεια γκέι ζωή, μέσα σε ιδιωτικά διαμερίσματα, βραδιές, φιλίες και σχέσεις που μπορούσαν να υπάρξουν μόνο μακριά από τη δημόσια θέα. Βρήκε, όμως, και τους κινδύνους της σιωπής. Ο ίδιος ζει με HIV, όπως και αρκετοί φίλοι του, και η θεραπεία τον έχει κάνει μη ανιχνεύσιμο. Σήμερα, όμως, πολλοί φοβούνται να πάνε σε κλινικές ή νοσοκομεία. Η κατηγορία της μετάδοσης HIV έχει γίνει ένας ακόμη τρόπος να συνδεθεί η ΛΟΑΤΚΙ+ κοινότητα με τον κίνδυνο. Κάποιοι λαμβάνουν πλέον τη θεραπεία τους με ανεπίσημους τρόπους, συναντώντας γιατρούς έξω από τις δομές υγείας.

Η Σενεγάλη συχνά περιγράφει τον εαυτό της μέσα από τη λέξη *teranga*, τη φιλοξενία. Όμως για πολλούς ΛΟΑΤΚΙ+ ανθρώπους αυτή η φιλοξενία έχει όρια. Μέσα σε μια χώρα με οικονομική πίεση, κοινωνική ανασφάλεια και ισχυρό θρησκευτικό λόγο, η ομοφυλοφιλία παρουσιάζεται όλο και περισσότερο ως ξένη επιρροή, απειλή και ηθική παρακμή. Κι όμως, άνθρωποι όπως ο Ντονγκό θυμούνται φιγούρες όπως οι *gool-jigéen*, άνδρες που φορούσαν ρούχα συνδεδεμένα με τη γυναικεία έκφραση και είχαν παλιότερα θέση σε γιορτές και τελετές, χωρίς να προκαλούν την ίδια καθολική απόρριψη.

Από τα τέλη της δεκαετίας του 1990 και κυρίως τη δεκαετία του 2000, η εικόνα άλλαξε. Η φιλελευθεροποίηση των μέσων ενημέρωσης έδωσε μεγαλύτερο χώρο σε συντηρητικούς θρησκευτικούς κήρυκες, ενώ οργανώσεις που μιλούν στο όνομα της

ηθικής άρχισαν να χτίζουν πολιτική επιρροή γύρω από τον «αγώνα» κατά της ΛΟΑΤΚΙ+ κοινότητας. Η Jamra, οργάνωση που ιδρύθηκε τη δεκαετία του 1980 με αφετηρία την καταπολέμηση των ναρκωτικών, της πορνείας και του HIV, μετέτρεψε τα τελευταία χρόνια την αντι-ΛΟΑΤΚΙ+ ρητορική σε κεντρικό πεδίο δράσης.

ΔΕΙΤΕ ΑΚΟΜΑ

Στην Αμπιτζάν, ένα σπίτι για τα queer παιδιά που κυνηγά η Αφρική

ΔΙΕΘΝΗ

Ένα μέρος για να αγαπάς χωρίς να σε κρίνουν: μέσα σε ένα καταφύγιο ΛΟΑΤΚΙ+ ανθρώπων στην Ακτή Ελεφαντοστού

28.06.26

Ο συνιδρυτής της, Μαμέ Μαχτάρ Γκεϊ, ζητά ακόμη σκληρότερα μέτρα και έχει μιλήσει υπέρ «θεραπειών μεταστροφής» στις φυλακές. Μετά τους γκέι άνδρες, λέει ότι επόμενος στόχος είναι οι λεσβίες. Η Άντα, 23 ετών, έχει ήδη ακούσει για «λίστα» στην πόλη της, κοντά στο Ντακάρ. Ο πατέρας της θέλει να την παντρεύει με ξάδελφό της. Της είπε ότι ντροπιάζει την οικογένεια. Η μητέρα της την είχε χτυπήσει παλιότερα όταν έμαθε ότι έβλεπε μια μεγαλύτερη γυναίκα. Η αδελφή της, που κάποτε τη στήριζε, τώρα λέει ότι ελπίζει να συλληφθούν σύντομα οι λεσβίες.

Για την Άντα, όπως και για άλλους ανθρώπους που μίλησαν, οι επιλογές έχουν γίνει σχεδόν αδύνατες: να πεθάνεις, να φύγεις ή να συνεχίσεις να ζεις μεταμφιεσμένος σε κάποιον άλλον. Αρκετοί προσπαθούν να ζητήσουν άσυλο στη Γαλλία ή σε άλλες ευρωπαϊκές χώρες, αλλά οι διαδικασίες είναι δύσκολες και η πρόσβαση ολοένα πιο περιορισμένη. Η φυγή δεν είναι πραγματική λύση για όλους. Για όσους μένουν πίσω, ο φόβος γίνεται καθημερινή γεωγραφία: ποιος δρόμος είναι ασφαλής, ποιο τηλέφωνο μπορεί να ελεγχθεί, ποιος φίλος συνελήφθη, ποια οικογένεια θα σε διώξει, ποιος γιατρός μπορεί ακόμη να σε βοηθήσει.

Ο Λατίρ ήλπιζε να φύγει κάποια μέρα από τη Σενεγάλη, παρότι πονούσε στη σκέψη ότι θα εγκατέλειπε την πατρίδα του. Τις νύχτες σκεφτόταν τους φίλους του στη φυλακή και αναρωτιόταν τι θα απογίνουν όταν αποφυλακιστούν. Πώς επιστρέφει κάποιος σε μια ζωή που έχει ήδη καταστραφεί δημόσια; Πώς βρίσκει ξανά δουλειά, οικογένεια, γειτονιά, πρόσωπο;

Λίγες μέρες αφού μίλησε, ο Λατίρ συνελήφθη. Αν καταδικαστεί, κινδυνεύει με έως και δέκα χρόνια φυλακή. Το μήνυμα που είχε στείλει πριν από τη συνάντηση δεν ήταν τελικά υπερβολικό.»

Quelle: LiFO, «Αν με πιάσουν, τελείωσα»: η ζωή των ΛΟΑΤΚΙ+ ανθρώπων στη Σενεγάλη μετά τον νέο νόμο, 13. Juli 2026: <https://www.lifo.gr/now/world/me-piasoy-n-teleiosa-i-zoi-ton-loatki-anthropon-sti-senegali-meta-ton-neo-nomo>.

IND, 2024:

«Met betrekking tot daders van geweld tegen LHBTI'ers In Senegal is er vaak, maar niet altijd, sprake van dat de slachtoffers van anti LHBTI-geweld door de politie worden gearresteerd, terwijl de daders er bijna altijd mee weg kunnen komen. Vaak zijn slachtoffers bang om misdaden tegen hen bij de politie aan te geven en degenen die het wel hebben gedaan werden soms zelf het slachtoffer van misbruik, fysiek geweld of beledigingen door de politie.⁴⁶ Tussen 6 en 9 juni 2021 werden ten minste vier mannen door onbekenden aangevallen omdat ze homoseksueel zouden zijn of zich niet conform hun geslacht zouden gedragen/kleden. De aanvallen werden vastgelegd op video en de beelden publieke gemaakt, waardoor de identiteit van de personen bekend werd. In alle gevallen ondernam de politie niets tegen de daders maar arresteerde de politie de slachtoffers en hield hen enkele

dagen in detentie.⁴⁷ Volgens het US State Department was er volgens lokale observanten in 2022 in Senegal sprake van het accepteren of zelfs promoten van geweld door burgers tegen LHBTI'ers door de politie.⁴⁸ Volgens een van de oprichters van de LHBT-organisatie Collectif Free is er in Senegal in toenemende mate sprake van geweld tegen LHBT'ers zonder dat er iets tegen ondernomen wordt. Aan homofob geweld wordt volgens hem over het algemeen nauwelijks tot geen aandacht besteed en slachtoffers -van ernstig geweld krijgen ook nauwelijks of geen hulp van de autoriteiten noch van hulporganisaties. Dat terwijl het geweld inmiddels zulke ernstige vormen aanneemt dat het soms leidt tot ernstige verwondingen, marteling, ontvoering en zelfs moord door medeburgers.⁴⁹ Hoewel niet gebruikelijk, komt het incidenteel voor dat daders van geweld tegen LHBTIQ+'ers gestraft worden. Zo werden drie mannen die twee naar hun idee homoseksuele mannen in juli 2021 hadden mishandeld in oktober 2021 veroordeeld tot een gevangenisstraf van een maand. De veroordeling leidde overigens wel tot veel protesten van anti-LHBTIQ+- en religieuze organisaties die het een onjuist en gevaarlijk precedent vonden.» Quelle: Netherlands Ministry of Justice and Security, Immigration and Naturalisation Service (IND), Team Onderzoek en Expertise Land en Taal (TOELT), Senegal: Positie van LHBTI'ers, Juli 2024, S. 13–14.

Outright International, 2026:

« Overview

Senegal has maintained a legal framework criminalizing same-sex intimacy since the colonial era. Article 319 of the Penal Code, originally derived from the French Penal Code of 1810 and retained at independence, has long served as the primary instrument for the prosecution of consensual same-sex acts between adults. Under the existing provision, conviction carries a sentence of one to five years' imprisonment and a fine of 100,000 to 1,500,000 CFA francs [USD 175 to 2,625].

*On March 11, 2026, Senegal's Parliament passed a bill amending Article 319 of the Penal Code, already adopted by the Council of Ministers on February 18. **The amendment establishes a legal framework that is punitive in its criminal provisions, sweeping in its reach beyond intimate conduct, and structurally hostile to LGBTQ people and their allies, human rights defenders, media, and health and development infrastructure. It has significant implications for people living with HIV, whose access to care is being directly undermined by the enforcement climate the law is already generating.***

The amendment operates through three interconnected mechanisms of intensified criminalization and exclusion.

The amendment criminalizes being transgender, which has never previously been criminalized in Senegal's history.

The amendment dramatically escalates criminal penalties for same-sex intimacy by more than doubling the minimum custodial sentence and multiplying fines by a factor of up to twenty, while simultaneously removing judicial discretion to reduce sentences below the prescribed minimum.

The amendment introduces a new tier of criminalization targeting the "promotion" and financing of "homosexuality, bisexuality, and transsexuality." The language of this provision is deliberately broad and undefined, creating a sweeping effect that will potentially extend far beyond consensual intimate conduct to encompass advocacy, journalism, civil society operations, health care service provision, and international development assistance.

Key Sections and Analysis of Their Impact
Criminalization of Gender Diversity

By introducing criminalization of “transsexuality”, which is not defined, this law has been expanded for the first time to effectively criminalize transgender people.

This measure adds Senegal to a short list of countries such as Saudi Arabia and Brunei that criminalize gender expression. It puts trans people, and anyone perceived as gender non-conforming, at risk of arrest, prosecution, and up to 10 years in prison.

Impact:

The vagueness of the law arbitrarily limits the ability of people in Senegal to express themselves. Any range of fashion choices or hairstyles may be determined to be illegal. In other countries that criminalize being trans, authorities have arrested people for offenses such as wearing piercings or hair accessories. When transgender people are criminalized under law, their freedom of movement is severely curtailed. This is particularly the case for anyone who is undergoing or has undergone gender-affirming care. The law dictates that their existence is illegal, essentially confining them to house arrest.

Escalation of Criminal Penalties for Same-Sex Intimacy
Article 319 of the existing Penal Code provides:

“Any person who commits an unnatural act shall be punished by imprisonment of [1 to 5 years] and a fine of [100,000 to 1,500,000] CFA francs.”

The amendment replaces these provisions with the following:

“Any person who commits an unnatural act shall be punished by imprisonment of 5 to 10 years and a fine of 2,000,000 to 10,000,000 CFA francs.”

It also instructs:

“The judge may not suspend the sentence, nor reduce the imprisonment below the minimum penalty provided for in paragraph 1 of this article.”

Impact:

Severity of Penalties: The amendment more than doubles the minimum custodial sentence from one to five years, and raises the minimum fine from 100,000 to 2,000,000 CFA francs. A minimum five-year custodial sentence places Senegal among the most punitive jurisdictions for same-sex conduct in West Africa, alongside Nigeria, Gambia, Sierra Leone and Mauritania. The effect will be to intensify the existing climate of fear and drive LGBTQ people further from legal recourse, health care, and public life.

Disproportionate Sentences: The mandatory minimum creates structural disproportionality. A first-time offender, a person acting under coercion, or someone whose circumstances call for a non-custodial response will face the same minimum five-year sentence as any other convicted person. This is incompatible with the proportionality requirements of the African Charter on

Human and Peoples' Rights and the International Covenant on Civil and Political Rights.

Judicial Independence: The removal of judicial discretion eliminates the possibility of individualized sentencing, prevents courts from taking account of any mitigating circumstances, and effectively mandates a minimum five-year term for any conviction. Mandatory sentencing provisions that remove courts' ability to exercise judgment in individual cases represent an encroachment on judicial independence.

Reinforcement of Stigma: The amendment uses the term "unnatural offences" to refer to any sexual or sexually-oriented act between two persons of the same sex, or any sexual or sexually-oriented act committed by a person of either sex on a human corpse or on an animal. It effectively conflates consensual sexual activity with that of bestiality or necrophilia. The amendment thereby sends a clear message that the Senegalese authorities consider LGBTQ people to be second-class citizens, reinforcing stigma, discrimination, and violence.

Criminalization of Promotion and Financing of Sexual and Gender Diversity
The amendment introduces a new provision criminalizing public representation, advocacy, and financial support for LGBTQ persons and organizations. The relevant provision states:

Any person who, by any of the means set out in Article 248 of this Code, advocates for an act referred to in paragraph 3 of this article, shall be punished by imprisonment of 3 to 7 years and a fine of 500,000 to 5,000,000 CFA francs.

The amendment further defines promotion to include:

Any public representation, by word, writing, image, gesture, sound or by any other means whatsoever, tending to promote homosexuality, bisexuality, transsexuality, zoophilia, necrophilia or any similar practice.

A separate provision criminalizes financing:

Any person who has financed or supported, by any means whatsoever, a person, group or activity with a view to promoting or glorifying homosexuality, bisexuality, transsexuality... shall be punished by the penalties provided for in paragraph 5 of this article.

The terms "tending to promote" and "with a view to promoting or glorifying" are undefined, as is the concept of "promotion" in itself and have no established legal meaning in Senegalese jurisprudence. A provision this vague grants prosecutors and law enforcement near-unlimited discretion to determine what constitutes a prohibited act.

There is notably an exception for acts performed by duly accredited health structures and organizations within the framework of public health policies. The health sector exemption is a concession rather than a legal right: it is not defined by the statute, and applies only to "duly accredited" organizations with health mandates, a condition that can be revoked. Without clarity on permitted functions and acts, there is little hope to believe LGBTQ persons can successfully access health care services such as HIV testing and treatment, without fear of sanctions due to sexual behavior.

Impact:

Criminalization of Identity and Advocacy: This provision criminalizes not only same-sex intimacy but the entire infrastructure that supports LGBTQ people. Parents and family members of LGBTQ people will be forbidden from speaking out for their rights. Civil society organizations, community groups, peer health networks, legal aid providers, and human rights defenders all face potential prosecution for activities that would be entirely lawful in most jurisdictions.

Criminalization of Service Provision and Development Financing. International development stakeholders operate based on the fundamental principle of “do no harm.” The UN Sustainable Development Goals further commit them to “leave no one behind,” ensuring services reach the most vulnerable. But the breadth of the financing provision means that international donors, development agencies, and even foreign embassies could face exposure for grant-making to organizations that support any form of LGBTQ-inclusive programming.

Restrictive Effect on Civil Society: Even where prosecution does not occur, the existence of vague and sweeping promotion and financing provisions will cause organizations to self-censor, withdraw services, and close operations. The restricting effect is itself a primary purpose of such legislation. Organizations will face the choice between compliance, which means abandoning marginalized communities, and exposure to criminal liability.

Media and Information Environment: The reference to Article 248 of the penal code, which covers public speech, writing, images, gestures, and sound, suggests that the provision extends to social media posts, journalistic coverage, academic publication, training materials, donor grant-making, and the provision of health care services. Journalists, editors, and media organizations covering LGBTQ issues will face potential prosecution. This will further distort public discourse, leaving the field to the stigmatizing narratives that drive the current moral panic. This provision also discourages ordinary citizens and social media commentators or influencers from also making social media posts regarding LGBTQ issues.

Fragility of the Health Exemption: The exemption for accredited health organizations was secured through civil society advocacy prior to the bill's adoption by the Council of Ministers. It is not codified with sufficient clarity to provide legal certainty, and the conditions for accreditation can be altered administratively. Organizations operating in HIV prevention, sexual health, and harm reduction that serve LGBTQ communities cannot rely on this exemption as a stable basis for their continued operations.

Risk for Foreign Nationals: Foreign nationals, including representatives of foreign corporations as well as development and humanitarian workers, could face criminal exposure for activities that are lawful in their home jurisdictions. This will deter international engagement, hinder economic investment, reduce the external accountability that civil society organizations in Senegal depend on.

Incompatibility with Senegal's International Human Rights Obligations

Senegal is a party to the African Charter on Human and Peoples' Rights, the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR), the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR), the Convention Against Torture, and the Convention on the Rights of the Child, among other international

human rights instruments. The amendment to Article 319 is incompatible with Senegal's obligations under each of these frameworks.

Right to Privacy and Dignity

Article 17 of the ICCPR prohibits arbitrary interference with privacy. The UN Human Rights Committee has consistently held that the criminalization of consensual same-sex conduct between adults violates Article 17. The amendment, by substantially increasing criminal penalties for such conduct, deepens Senegal's violation of this obligation. Articles 4 and 5 of the African Charter on Human and Peoples' Rights affirm the right to human dignity and the prohibition on cruel, inhuman, or degrading treatment. These standards when held against the expansion of criminalization to a mandatory minimum sentences of five years for consensual adult conduct cannot be sustained.

Right to Health

Article 12 of the ICESCR and Article 16 of the African Charter guarantee the right to the highest attainable standard of health. The enforcement of Article 319, and the climate of fear driving LGBTQ people away from HIV testing and treatment facilities, constitutes a direct and documented interference with the right to health. Senegal's National AIDS Council has formally warned that the current enforcement climate risks reversing the country's progress on HIV prevention and treatment uptake. The amendment, by escalating penalties and extending criminalization to health advocacy, will accelerate this effect.

Freedom of Expression and Association

Articles 19 and 22 of the ICCPR, and Articles 9 and 10 of the African Charter, guarantee freedom of expression and association. The promotion and financing provisions of the amendment impose criminal liability for public expression, including speech, writing, images, and sound, that "tends to promote" homosexuality, bisexuality, or transsexuality. This constitutes a direct restriction on freedom of expression. The criminalization of financing for organizations that support LGBTQ persons restricts the freedom of association of both those organizations and their members.

Principle of Legality and Proportionality

The principle of legality requires that criminal offenses be defined with sufficient precision to allow individuals to foresee whether their conduct is prohibited. The terms "promote," "glorify," and "tend to promote" in the amendment lack the precision required by this principle. The mandatory minimum sentencing provision violates the principle of proportionality in punishment, which is recognized under both Senegalese constitutional law and international human rights standards.

Comparative Analysis

The escalation follows a regional pattern wherein the criminalization of same-sex intimacy has escalated, alongside the introduction of the criminalization of identifying as transgender.

Burkina Faso's Article 210-3 of the 2025 Personal and Family Code uses almost identical structure to the Senegalese Amendment: any behavior 'likely to promote' homosexual practices carries two to five years' imprisonment, with doubling for repeat offenses and deportation for foreign nationals. The legislative genealogy is clear. Both provisions share the same strategic design: the primary target is not sexual conduct per se, but the legal, civic, and healthcare infrastructure that enables LGBTIQ people to exist publicly and safely. Uganda's Anti-Homosexuality Act

contains analogous provisions prohibiting the 'promotion' of homosexuality. Ghana's bill similarly criminalizes advocacy and support. The convergence of language across these jurisdictions suggests coordinated legislative drafting rather than independent parallel development. Ghana's Promotion of Proper Human Sexual Rights and Ghanaian Family Values Bill, currently before parliament as a private members' bill, similarly introduces the criminalization of advocacy. Senegal's amendment is consistent with this trend of escalating legislative penalties designed to achieve not merely prohibition but eradication of LGBTIQ visibility.

A significant counter-dynamic has emerged across the continent over the last fifteen years, with a growing number of states choosing to repeal colonial-era criminal laws and align their legal frameworks with their international human rights obligations. Since 2011, the following Sub-Saharan African countries have decriminalized consensual same-sex conduct: Lesotho (2012), São Tomé and Príncipe (2012), Mozambique (2015), Seychelles (2016), Botswana (2019), Angola (2021), Mauritius (2023), and Namibia (2024).

Conclusion

Senegal's anti-LGBTQ legislation must also be understood as part of a regional pattern. Uganda's expanded criminalization followed by Niger's introduction of criminalization, Burkina Faso's 2025 Personal and Family Code, Mali's legislative developments, and Niger's trajectory, all framed within the Confederation of Sahelian States, share a common legislative architecture: the use of anti-LGBTQ law as an instrument of authoritarian consolidation and deflection from governance failures. Senegal's amendment uses the same design. Bilateral and multilateral engagement must therefore be calibrated to the pattern, not only to the individual law.

Senegal is a signatory to foundational human rights instruments and has obligations that require concrete action, including the refusal to adopt legislation structurally incompatible with the rights to dignity, privacy, health, expression, and association guaranteed by those instruments.

The amendment's multi-pronged structure of escalated criminal penalties for same-sex intimacy, prohibition of gender diversity, sweeping criminalization of promotion and financing, and reinforcement of public stigmatization, is designed not merely to prohibit sexual behavior but to eliminate the legal, civic, and health care infrastructure within which LGBTQ people in Senegal currently live and organize. The consequences are already visible: mass arrests, displacement of community leaders, collapse of peer health networks, and documented avoidance of HIV services.» Quelle: Outright International, Legal Analysis of the Amendment to Article 319 of the Penal Code of Senegal (2026) and Its Impact on LGBTQ Persons, 17. März 2026: <https://outrightinternational.org/insights/legal-analysis-amendment-article-319-penal-code-senegal-2026-and-its-impact-lgbtq-persons>.

Reuters, 2026:

« Last month, Senegal, where homosexuality is illegal, doubled the maximum prison term for same-sex sexual acts to 10 years and criminalised what it described as any efforts to promote it. The country also increased the maximum fine to 10 million CFA francs (\$18,000). According to local human rights activists and media reports, 86 people have been arrested in a crackdown that began in early February, when President Bassirou Diomaye Faye's government was

preparing to introduce the new anti-LGBTQ law in parliament. That includes 18 arrested in a single raid on April 19 in Linguere, 300 km (186 miles) northeast of Dakar.

There have been two convictions under the new law.

Those arrested have been accused of "acts against nature" and, in some cases, deliberately giving HIV to others. The government did not provide the number of arrests.

Data from the Senegalese government's National Council for the Fight Against AIDS (CNLS), made available to Reuters, suggests that patients are forgoing vital antiretroviral drugs, which both treat and suppress HIV, for fear of arrest or abuse. [...] One queer Senegalese community health worker who previously distributed tests and HIV prevention tools in Dakar is now afraid to go outside. "I don't dare leave the house anymore, so I'm literally holed up inside. I double-lock all the doors and windows just to avoid being found," they said, speaking on condition of anonymity for fear of reprisals.[...]

CNLS conducted a survey of 22 HIV/AIDS treatment centres over three days at the end of February, after warning the arrests could lead to a drop in HIV testing and treatment disruptions.

The responses showed that 1,803 patients visited in February, down from 2,425 in January - a drop of 25.6%.

Follow-up interviews by CNLS with more than 50 men who have sex with men (MSM) showed they were avoiding the sites because they feared being denounced, arrested or subject to verbal and physical harassment.

The findings, which have not been published, make clear the drop in patients is linked to the arrests, said Dr. Cheikh Bamba Dieye, head of the research unit at CNLS.» Quelle: Reuters, HIV patients in Senegal skip treatment, fearing arrest amid anti-LGBTQ crackdown, 29. April 2026: <https://www.reuters.com/world/africa/hiv-patients-senegal-skip-treatment-fearing-arrest-amid-anti-lgbtq-crackdown-2026-04-29/>.

TNH, 2026:

«When Mouhamadou Seck, director of RADDHO, a Senegalese human rights watchdog, began tracking a widening police crackdown against suspected homosexual men in early February, what had previously been sporadic localised arrests was rapidly becoming something larger.

Between 4 and 9 February, police in the capital Dakar arrested 12 men – among them Pape Cheikh Diallo, one of Senegal's best-known television presenters – on charges of same-sex relations and alleged "intentional transmission" of HIV under Article 319 of the penal code.

The case drew national attention and triggered further investigations, with authorities extending the sweep beyond Dakar through phone data and denunciations. What struck Seck was not only the scale, but the role HIV transmission played in the crackdown.

While same-sex relations have long been criminalised under Article 319, the use of "voluntary transmission" charges – often applied solely on the basis of a person's HIV status – marks a shift in how the law is being enforced.

Monitoring by the HIV Justice Network, an international organisation that tracks the criminalisation of people living with HIV worldwide, puts the total

number of detentions under Article 319 since early February at more than 70, with at least 62 linked to the Diallo investigation.

Of those arrested, at least 24 have also been charged with “voluntary HIV transmission”, including instances involving individuals on treatment with undetectable viral loads.

On 31 March, President Bassirou Diomaye Faye signed into law amendments passed by the National Assembly by 135 votes to none that doubled maximum sentencing for same-sex relations under Article 319 from five to 10 years.

The “glorification of homosexuality” – defined in the law as any public representation by word, writing, image, or sound tending to promote same-sex relations – also now carries penalties of three to seven years in prison and fines of up to five million CFA francs (close to \$9,000), as does the deliberate financing of any person or group working to promote these practices. Previously, neither was outlawed.

Alice Bordaçarre of the International Federation for Human Rights (FIDH) said the provisions are broad enough to expose anyone working on fundamental rights. “If you're fighting for access to health for people with HIV or sex workers, you could be considered as promoting homosexuality,” she told The New Humanitarian.

Health activists worry fear of arrest and harassment will result in a spike in HIV infection.

Forced HIV testing

Senegal's general HIV prevalence is just 0.5%, but among men who have sex with men (MSM) it stands at 27.6%. Although the arrests began under Article 319 for alleged same-sex relations, Seck said that, in practice, HIV status can determine whether people remain in detention.

“That explains why, each time there is an arrest, there is a doctor's requisition to make sure the person is not affected by HIV/AIDS,” he said. “Most of the time, when a person is affected by HIV/AIDS, they continue to be kept in detention. If the diagnosis shows the person is not affected by HIV/AIDS, they are automatically free.”

Cécile Kazatchkine of the Canadian HIV Legal Network, which has been monitoring cases alongside the HIV Justice Network, said this approach is legally incoherent. “You need to prove that the person knew they had HIV: That cannot be proved by forced testing after the fact,” she noted.

“You need to prove that they understood the mode of transmission, that they had sex posing a significant risk, and that they did so with the intent to transmit,” Kazatchkine added.

Several of those charged were on antiretroviral treatment at the time of their arrest, meaning they had an undetectable viral load and could not clinically have transmitted the virus.

On 19 March, one case reached court and resulted in acquittal on the transmission charge – the defendant had not known his status until forcibly tested after arrest – but he was nonetheless convicted of “unnatural acts” and sentenced to three years in prison.

“People arrested are forced to do HIV testing and their results publicly shared, all of which are a breach of privacy rights and the right to be treated with dignity,” said Larissa Kojoué, a researcher at Human Rights Watch. “This further deters people from seeking care. We have reports of forced anal examinations, which is a violation of body integrity.”

“The violence continues after detention – family rejection for the most part, risks of mob violence and displacement.”

Kojoué said the risks extend beyond the moment of arrest. “Their safety is compromised in detention. They face physical abuses and even torture, not only by police officials but also other detainees,” she added. “The violence continues after detention – family rejection for the most part, risks of mob violence and displacement.”

Sylvie Beaumont of the HIV Justice Network, whose monitoring draws on newspaper reports in Senegal, noted that the names, professions, HIV status, and in some cases home addresses of those arrested have been circulating openly.

The consequences for families have extended into daily life. Seck described the son of one detainee being forced to abandon his football training after classmates discriminated against him following the public disclosure of his father's status.

Some detainees' wives felt compelled to publish their own HIV test results to publicly distance themselves from stigma. “The communication around HIV has simply been used to spread information, with no protection for their families, their wives, their children,” Seck said.

HIV infection rates set to rise

The impact on community organisations working in HIV outreach has been immediate. Ibrahima (not his real name), a community organiser working with LGBTQ+ Senegalese youth, who cannot be identified for his safety, said his organisation suspended all activities following the February arrests and has not resumed them.

Members of his network are now afraid to seek HIV testing or treatment, avoid outreach workers, and fear being identified or attacked in the community. “There is real fear of [being on treatment] and accessing health [services],” he told The New Humanitarian. Some members have left the country entirely.

For RADDHO, the operational consequences have been different but equally constraining. Seck said the organisation has been trying to access detainees to document conditions and provide legal support, but has been largely unable to do so.

At the time of interview, only one detainee – musician Djiby Dramé – was known to have legal representation. Those released from custody have refused to speak. “We are trying to speak with those affected,” Seck said, “but they prefer not to talk, even under anonymity. It is a very difficult question to break open.”

The effects are measurable within Senegal's HIV infrastructure. Safiatou Thiam, executive secretary of the national AIDS council, CNLS, said a rapid assessment conducted across 22 treatment sites between 26 and 28 February found consultations had fallen by 35% based on month-end data – from 2,425 patients on 31 January to 1,803 on 28 February.

“The patients living with HIV say they are afraid to come. They do not want to be arrested,” said Thiam. Peer health workers – patients themselves trained to support others through testing, treatment adherence, and follow-up – stopped showing up.

“Many of them stopped working. The organisations felt they were in danger. They were afraid of being arrested,” said Thiam.

RENAPOC, the network of organisations serving key populations at the centre of Senegal's HIV outreach – which includes MSM and sex workers – was asked by CNLS itself to close its office and shift to remote working.

Fueling a “hateful discourse”

One of the most prominent forces behind the new law has been Jamra, a Senegalese religious NGO. “Jamra is a very famous organisation in Senegal. It's everywhere in the media, fighting for conservative things,” said Bordaçarre of the rights federation FIDH. “The organisation published years ago the list of presumed homosexuals and organisations that defend them.”

Thiam noted a direct contradiction in CNLS's own relationship with the organisation. “Jamra has three branches – one deals with health, one is religious, and one is political. It is the political branch that works against MSM. There is no agreement within Jamra itself,” she said. “But we work with the branch that deals with health. And that is the contradiction.”

The political wing has been among the most vocal forces pushing for criminalisation. “What they do is fuel hateful discourse,” said Thiam. “And people are more afraid of the communities they live with than even government services – because in a neighbourhood, a person can be lynched, beaten, killed, before the police even arrive.”

Ibrahima said he experienced this directly. “Verbal abuse, threats, and even physical attacks – I was beaten,” he told The New Humanitarian.

[...]

Jamra did not respond to requests for comment. It was a hesitancy repeated by other organisations contacted for this story, including the DLSI – the government body overseeing HIV and sexually transmitted infection response; ANCS – a national coalition coordinating HIV prevention programmes; and ENDA Santé – an NGO providing health services to vulnerable populations.

“Human rights organisations are refraining from speaking on the issue,” said Ibrahima. “Journalists, commentators, and activists are regularly being detained,” he explained.

The crackdown is landing on an HIV response already weakened by a separate collapse – the US freeze on foreign aid at the beginning of last year. It brought an abrupt halt to the activities of 430 USAID-supported community organisations.

ANCS lost 12% of its total budget to the USAID cuts. Contracts for community mediators were terminated and outreach capacity cut back sharply. Those services included condom distribution, pre-exposure prophylaxis (PrEP) access, and patient follow-up.

The February 2026 arrests have accelerated that retreat – and that cumulative pressure is beginning to push people out of the country.

“People are seeking refuge mostly in Côte d’Ivoire, Benin, and Togo, and to some extent Gambia,” said Kojoué. She confirmed Human Rights Watch has provided supporting letters to Senegalese activists applying for asylum in France, Belgium, Switzerland, and Germany.

RADDHO has also received reports of people leaving for Mauritania and Mali – even though same-sex relations are illegal there as well – and Thiam said many clients known to CNLS had already fled rather than risk longer prison terms under the new law.

Kojoué said what makes the current enforcement “structurally different” from previous waves under Article 319 is that the government has toughened the legal framework around these prosecutions.

It is a trend that is being repeated across West Africa. “The safe spaces are getting extremely limited,” said Kazatchkine. “We have seen new anti-LGBT laws spreading across the region – Niger, Mali, Burkina Faso – narrowing the destinations available to those who leave.”

The push for new and harsher legislation – despite existing colonial-era laws that punish gay sexual relations – reflects an effort to broaden both the scope and enforcement of criminalisation.» Quelle: The New Humanitarian (TNH), Senegal’s harsh anti-gay law criminalises HIV infection, hits services, 5. Mai 2026: <https://www.thenewhumanitarian.org/feature/2026/05/05/senegal-anti-gay-law-criminalises-hiv-infection-hits-services>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter:

www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen

Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter:

www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN: CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT

© 2026 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.